

N i e d e r s c h r i f t

**der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.10.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:03 Uhr bis 19:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	Teilnahme ab 14:47 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:11 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Teilnahme 14:44 bis 19:17 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 19:06 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme 14:34 bis 19:53 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Teilnahme bis 19:53 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	Teilnahme bis 19:53 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme 14:21 bis 19:17 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Streck	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 19:17 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 19:17 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Thomas Felke	SPD
Frau Katharina Hintz	SPD
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Martina Wildgrube	FDP
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass die Stadtverwaltung zukünftig einen leistungsstarken Beamer für die transparente Darstellung der Stadtratssitzung bereitstelle. Die Einstellungen des Beamers seien allerdings noch nicht vollständig einrichtet, so dass sich einige Stadträte von diesem geblendet fühlen und eine Nutzung dessen in der heutigen Stadtratssitzung nicht möglich sei.

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Sigrid Schmitz, wohnhaft in Halle (Saale), äußerte sich hinsichtlich der Kleingartenkonzeption mit folgender Frage:

Wer entscheidet, wann welche Gartenanlage geschlossen wird?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass aufgrund bestehender Probleme über einen langen Zeitraum hinweg die Kleingartenkonzeption gemeinsam mit dem Stadtverband der Gartenfreunde Halle erarbeitet wurde.

Die Schließung einzelner Gartenanlagen werde mit der Kleingartenkonzeption aber nicht beschlossen. Die Kleingartenkonzeption sei vielmehr langfristig angelegt, dass bei zurückgehendem Bedarf an bestimmten Stellen zur Nutzung von Kleingartenanlagen nicht mehr benötigte oder z. B. durch Hochwasser gefährdete Gartenanlagen geschlossen werden sollen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, schloss sich den Ausführungen der Oberbürgermeisterin an und wies ausdrücklich darauf hin, dass mit der Kleingartenkonzeption keine Kündigung von Kleingartenanlagen verbunden sei. Sollten die Gartenanlagen vollständig belegt seien, werde keine Schließung einzelner Anlagen erfolgen.

Lediglich bei nachlassendem Bedarf müsse darüber nachgedacht werden, wie man mit der freien Fläche umgehe. Dazu befinde man sich mit dem Stadtverband der Gartenfreunde Halle in Gesprächen.

Herr Vincent Streichhahn, wohnhaft in Halle (Saale), fragte nach dem Standpunkt des Stadtrates zu den geplanten Kürzungen der Martin-Luther-Universität und ob beabsichtigt sei, mit dem an der Martin-Luther-Universität gegründeten „Aktionsbündnis MLU - Perspektiven gestalten“ in Kontakt zu treten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies zunächst darauf hin, dass die Universitäten eigenständig seien. Entsprechend der abgeschlossenen Verträge auf Landesebene wären die jeweiligen Bundesländer verpflichtet, ihre Universitäten zu unterstützen.

Die Stadt Halle habe selbstverständlich stets ein großes Interesse daran, dass die Martin-Luther-Universität nicht geschwächt werde. Allerdings bestünde für die Stadt aufgrund der Konstellationen und Regelungen kein Mitspracherecht.

Darüber hinaus verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf den in der heutigen Sitzung zu beratenden Antrag einschl. der vorliegenden Änderungsanträge zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität entsprechend des TOP 7.11. Damit sollen Landesregierung und Landtag aufgefordert werden, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten. Diesen Antrag unterstütze auch die Verwaltung.

Des Weiteren wäre die Stadt bereit, hierbei koordinierend zu wirken und ein Forum zu bilden, bei dem Land und Universität gemeinsam diskutieren können und die Stadt als Moderator deutlich mache, dass ein großes Interesse zur Stärkung der Martin-Luther-Universität bestünde. Die gesamte Stadtentwicklung sei mit der Martin-Luther-Universität verbunden, da diese Studenten, Professoren, Wissenschaftler und auch Unternehmen in die Stadt Halle ziehe.

Insofern könne davon ausgegangen werden, dass Stadtrat und Verwaltung versuchen, Einfluss auf die geplanten Vorhaben des Landes hinsichtlich der Martin-Luther-Universität zu nehmen, auch wenn keine direkte Zuständigkeit gegeben sei.

Herr Torsten Fritz, wohnhaft in Halle (Saale), äußerte sich zur Abfallgebührensatzung mit folgenden Fragen:

Wann werden die aus den Gebührenüberschreitungen resultierenden Beträge aus den Jahren 2005 bis 2008 zurückgezahlt?

Darüber hinaus zitierte **Herr Fritz** aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Halle, Seite 23, zweiter Absatz:

„Berechnet nach dem Behandlungspreis inklusive Umsatzsteuer ist der in die Kalkulation eingestellte Behandlungspreis um 15,76 €/Tonne zu hoch, das sind 13,4 %.“

In einem zweiten Urteil aus diesem Jahr wurde in Form einer Übersicht das Gesamtaufkommen an Müll in Sperrmüll und Hausmüll mit dem o. g. Behandlungspreis von 15,76 €/t multipliziert. Danach ergebe sich eine Kostenüberschreitung von insgesamt 3,8 Mio. €.

Im Jahr 2009 wurden auf Grundlage eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses ca. 1,5 Mio. € zurückgezahlt. Der restliche Betrag stünde noch aus.

Abschließend wies **Herr Fritz** darauf hin, dass Kostenüberschreitungen rechtswidrig seien.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, merkte zunächst an, dass Herr Fritz aus der Einwohnerfragestunde im September 2012 noch eine Antwort erhalten werde. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass im Ergebnis des ersten Urteils des Verwaltungsgerichtes Halle die Stadt gemeinsam mit dem Stadtrat eine Lösung gefunden habe. Die anderen anhängigen Rechtsstreite wären aber noch nicht abgeschlossen.

Herr Fritz entgegnete, dass trotz des Stadtratsbeschlusses das Verfahren rechtlich noch nicht abgeschlossen sei. Es wurde lediglich ein Teilbetrag zurückgezahlt. Der restliche Betrag wäre rechtswidrig erwirtschaftet und müsse ebenfalls zurückgezahlt werden. In dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes wurde dahin gehend eine sachliche Lösung angeregt.

Weiterhin merkte **Herr Fritz** an, dass hinsichtlich der Abfallgebührensatzung ein Wortprotokoll aus der damaligen Stadtratssitzung vorhanden sei. Darin wären Stadträte ähnlicher Auffassung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, appellierte an die Fraktionen, bei der Einbringung von Änderungs- und Dringlichkeitsanträgen sowie geänderten Anträgen einen größeren Fristenabstand zu wahren, um dies innerhalb der Verwaltung entsprechend verarbeiten zu können. Für die heutige Sitzung wurde kurzfristig eine Vielzahl von Änderungen und Ergänzungen eingereicht, so dass die zuständigen Mitarbeiter in der Verwaltung dies kaum bewältigen konnten.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 37. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 40 Mitglieder des Stadtrates (70,18 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1 Aufhebung eines Beschlusses zur interkommunalen Kooperation mit dem LK Mansfeld-Südharz auf dem Gebiet der Abfallentsorgung
Vorlage: V/2012/11027

TOP 5.3 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
von Verwaltung zurückgestellt

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor; diese werden ebenfalls abgesetzt:

TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11107

TOP 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11149

TOP 5.4 Neuer Standort für die Plastik "Der Lesende" von Professor Martin Wetzel
Vorlage: V/2012/11021
im Kulturausschuss am 10.10.2012 vertagt

TOP 5.12 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569
es liegt noch kein Votum der Fachausschüsse vor

TOP 5.13 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759
es liegt noch kein Abstimmungsergebnis des Fachausschusses vor

TOP 5.19 Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
von Verwaltung zurückgestellt

TOP 5.22 Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: V/2012/10934
von Verwaltung zurückgestellt

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor; dieser wird ebenfalls abgesetzt:

TOP 5.22.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Ergänzungsbeschluss zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagen.-Nr. V/2012/10934)
Vorlage: V/2012/11135

TOP 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2012/10684

TOP 6.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Die Linke. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet (Vorlage: V/2012/10684)
Vorlage: V/2012/10829

Der Antrag wurde durch den Antragsteller im Ausschuss für Planungsangelegenheiten für erledigt erklärt.

-
- TOP 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
es erfolgt eine nochmalige Beratung im Jugendhilfeausschuss
-
- TOP 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 04.10.2012 vertagt
-
- TOP 6.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau
Vorlage: V/2012/10996
im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vertagt
-
- TOP 6.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10586
im Kulturausschuss am 02.10.2012 abgesetzt
-
- TOP 6.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002
im Hauptausschuss am 17.10.2012 vertagt
-
- TOP 6.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865
im Kulturausschuss am 10.10.2012 vertagt
-

Darüber hinaus informierte **Herr Bartl**, dass folgende Dringlichkeitsanträge vorliegen:

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohnere in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2012/11111

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2012/11111

Der Antrag wird unter TOP 7.16 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt**

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohnens in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2012/11112

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/11112 mehrheitlich zugestimmt
Der Antrag wird unter TOP 7.17 behandelt.

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohnens in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2012/11113

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/11113 mehrheitlich zugestimmt
Der Antrag wird unter TOP 7.18 behandelt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014
Vorlage: V/2012/11133

Hierzu liegt folgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014 (V/2012/11133)
Vorlage: V/2012/11162

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., kündigte an, den Änderungsantrag von Herrn Bönisch zu übernehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/11133 mehrheitlich zugestimmt
Der Antrag wird unter TOP 7.19 behandelt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufhebung des Beschlusses "Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10935)
Vorlage: V/2012/11166

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach sich gegen die Dringlichkeit aus. Lediglich bei dem Beschlusspunkt 1 wäre eine Dringlichkeit zu erkennen. Die Änderung der Hauptsatzung entsprechend des Beschlusspunktes 2 erachte er hingegen weder für dringlich noch für angebracht, dies in der Form zur heutigen Sitzung einzubringen. Dazu sollte eine Vorberatung in den jeweiligen Fachausschüssen erfolgen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados konnte die Ausführungen von Herrn Häder nachvollziehen, sprach sich aber dennoch für die Dringlichkeit aus. Die Änderung der Hauptsatzung über einen Dringlichkeitsantrag wäre nicht üblich. Allerdings ginge es mit Blick auf den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM um die zukünftige Struktur und Aufgabenbereiche der Dezernate.

In Anbetracht dessen empfahl **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, sowohl dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. als auch dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Aufnahme auf die Tagesordnung zuzustimmen, um darüber inhaltlich beraten zu können und hinsichtlich der Anzahl der Beigeordneten zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2012/11166

Der Antrag wird unter TOP 7.20 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt**

42 Ja-Stimmen

Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Änderung des Beschlusses zur "Festlegung des Wahltages des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (V/2012/10935)
Vorlage: V/2012/11169

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2012/11169

Der Antrag wird unter TOP 7.21 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
einstimmig zugestimmt**

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- zu 6.5 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2012/10468

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

- zu 7.2 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum zeitlich optimierten Ersatz von Notebooks in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/11087

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

- zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:

- 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165
- 7.11.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168
- 7.11.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172
-

- zu 7.15 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Standort der Freiwilligen Feuerwehr Trotha
Vorlage: V/2012/11081

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bezog sich auf den TOP 5.21

Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V.
Vorlage: V/2012/10908

und fragte, ob die Behandlung des Tagesordnungspunktes zweckmäßig sei. Aufgrund der durch die Oberbürgermeisterin veranlassten Haushaltssperre können keine neuen Verträge abgeschlossen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass bei Zustimmung zur o. g. Vorlage die Kooperationsvereinbarung aufgrund der Haushaltssperre nicht abgeschlossen werden könne. Sobald der Haushalt freigegeben sei, werde der Beschluss umgesetzt. Insofern bat sie darum, darüber in der heutigen Sitzung zu beraten und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Es gab keine weiteren Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.09.2012
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Aufhebung eines Beschlusses zur interkommunalen Kooperation mit dem LK Mansfeld-Südharz auf dem Gebiet der Abfallentsorgung*
Vorlage: V/2012/11027 *abgesetzt*
 - 5.2 Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes
Vorlage: V/2012/11053
 - 5.3 *Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025*
Vorlage: V/2012/10762 *abgesetzt*

- 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762*
Vorlage: V/2012/11107 *abgesetzt*
- 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762*
Vorlage: V/2012/11149 *abgesetzt*
- 5.4 *Neuer Standort für die Plastik "Der Lesende" von Professor Martin Wetzel*
Vorlage: V/2012/11021 *abgesetzt*
- 5.5 Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2012/10916
- 5.6 Jahresabschluss 2011 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10892
- 5.7 Jahresabschluss 2011 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10893
- 5.8 Jahresabschluss 2011 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2012/11023
- 5.9 Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2012/10923
- 5.10 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2012/11014
- 5.11 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzung) vom 26. Mai 2004
Vorlage: V/2012/10954
- 5.12 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012*
Vorlage: V/2012/10569 *abgesetzt*
- 5.13 *Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/10759 *abgesetzt*
- 5.14 Bebauungsplan Nr.114, Kaserne an der Murmansker Straße - Änderung des Aufstellungsbeschlusses -
Vorlage: V/2012/10901
- 5.15 Bebauungsplan Nr. 160 „THW Murmansker Straße“ - Aufstellungsbeschluss-
Vorlage: V/2012/10902
- 5.16 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10951
- 5.17 Widmung des P+R-Parkplatzes Endstelle Büschdorf-Ost
Vorlage: V/2012/11040

- 5.18 Vergabe des neuen Straßennamens Trafoweg
Vorlage: V/2012/11018
- 5.19 *Brandschutzbedarfsplan*
Vorlage: V/2012/10626 abgesetzt
- 5.20 1. Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) vom 21.11.2007
Vorlage: V/2012/11049
- 5.21 Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V.
Vorlage: V/2012/10908
- 5.22 *Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts*
Vorlage: V/2012/10934 abgesetzt
- 5.22.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Ergänzungsbeschluss zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagen.-Nr. V/2012/10934)*
Vorlage: V/2012/11135 abgesetzt
6. Wiedervorlage
- 6.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet*
Vorlage: V/2012/10684 abgesetzt
- 6.1.1 *Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Die Linke. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet (Vorlage: V/2012/10684)*
Vorlage: V/2012/10829 abgesetzt
- 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts
Vorlage: V/2012/10963
- 6.3 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe*
Vorlage: V/2012/10856 abgesetzt
- 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2011/10217
- 6.5 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2012/10468
- 6.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/10844 abgesetzt

- 6.7 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau*
Vorlage: V/2012/10996 *abgesetzt*
- 6.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bewirtschaftung der städtischen
Schulturnhallen
Vorlage: V/2012/10868
- 6.9 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open*
Vorlage: V/2012/10586 *abgesetzt*
- 6.10 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle*
Vorlage: V/2012/11002 *abgesetzt*
- 6.11 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaft-*
lichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865 *abgesetzt*
- 6.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf
der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha
Vorlage: V/2012/10783
- 6.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums
Halle in öffentlicher Trägerschaft
Vorlage: V/2012/10997
- 6.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes für Trink-
wasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für
eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069
- 7.2 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum zeitlich optimierten Ersatz von
Notebooks in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/11087
- 7.3 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumi-
nation der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076
- 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellan-
lagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066
- 7.5. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalkonzeptes
Vorlage: V/2012/11056
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudema-
nagement
Vorlage: V/2012/11055

- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines verbindlichen Katalogs sozialer und ökologischer Kriterien bei Auftragsvergaben der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11093
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Mehraufwendungen für erhöhte Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: V/2012/11090
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102
- 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165
- 7.11.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168
- 7.11.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung von Fördermöglichkeiten im Bereich Frühe Hilfen
Vorlage: V/2012/11103
- 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2012/11064
- 7.14 Antrag der MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2012/11065
- 7.15 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Standort der Freiwilligen Feuerwehr Trotha
Vorlage: V/2012/11081
- 7.16 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2012/11111

- 7.17 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2012/11112
- 7.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2012/11113
- 7.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014
Vorlage: V/2012/11133
- 7.19.1 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014 (V/2012/11133)
Vorlage: V/2012/11162
- 7.20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufhebung des Beschlusses "Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10935)
Vorlage: V/2012/11166
- 7.21 Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der Fraktion MITBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Änderung des Beschlusses zur "Festlegung des Wahltages des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (V/2012/10935)
Vorlage: V/2012/11169
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Anfrage der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zur Nutzung und Zukunft des Gasometers am Holzplatz
Vorlage: V/2012/11088
- 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: V/2012/11095
- 8.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung von Sporthallen
Vorlage: V/2012/11096
- 8.4 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: V/2012/11082
- 8.5 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Zustand des Parkplatzes Friedemann-Bach-Platz
Vorlage: V/2012/11094
- 8.6 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Neumühle
Vorlage: V/2012/11074
- 8.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Grundschule Diemitz/Freimfelde
Vorlage: V/2012/11073

- 8.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11070
- 8.9 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zu Tattoo-Studios
Vorlage: V/2012/11075
- 8.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Quest-Projekt
Vorlage: V/2012/11058
- 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu 60 Jahre 17. Juni 1953
Vorlage: V/2012/11059
- 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen - Prüfung der Einreichung einer Verfassungsbeschwerde und Erstellung eines Gutachtens zum Finanzbedarf für die Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11089
- 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für 2013
Vorlage: V/2012/11104
- 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wirkung der Videoüberwachung auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11100
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Handel mit und Herausgabe von Einwohnermeldedaten
Vorlage: V/2012/11097
- 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn
Vorlage: V/2012/11000
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bibliotheken und Leseräumen an Schulen
Vorlage: V/2012/10991
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Spielplatz auf der ehemaligen Thalia-Wiese
Vorlage: V/2012/11092
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wettbewerben mit Beteiligung der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2011
Vorlage: V/2012/11101
- 8.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grundsteuer B
Vorlage: V/2012/11078
- 8.21 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Sondernutzungsgebührenordnung
Vorlage: V/2012/11086

- 8.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Entgeltforderungen der Bäder Halle GmbH an Schulen
Vorlage: V/2012/11084
- 8.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Straßenschäden auf der Rade-
weller Straße
Vorlage: V/2012/11085
- 8.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Etablierung einer Kunstmeile
des halleschen Kunsthandwerkes
Vorlage: V/2012/10981
- 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Langfristkonzept Saline-
Ensemble
Vorlage: V/2012/11063
- 8.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Einnahmen der
Veranstaltungen im Erdgas Sportpark
Vorlage: V/2012/11083
9. Mitteilungen
- 9.1 Sachstand zu den Aktivitäten der Raumkonzeption 2012 und 2013
Vorlage: V/2012/11052
- 9.2 Anbringung einer Gedenktafel für Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Goltz
Vorlage: V/2012/11062
- 9.3 Informationsvorlage zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung
der Bürger/-innenbeteiligung und Transparenz durch E-Government (V/2011/10242)
Vorlage: V/2012/11041
- 9.4 „Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH
(ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßen-
bahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf"
Vorlage: V/2012/10957
- 9.5 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2012/11036
10. mündliche Anfragen von Stadträten
11. Anregungen
- 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Festlegung des Termins für die Lange Nacht der
Wissenschaften
Vorlage: V/2012/11067
- 11.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur aktuellen Information über die
Tagesordnung der Stadtratssitzungen
Vorlage: V/2012/11098
12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.09.2012.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.09.2012

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 26.09.2012 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 Kandidat der Stadt Halle (Saale) für den Preis "Das unerschrockene Wort" im Jahr 2013
Vorlage: V/2012/10830

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, als Kandidaten für die Verleihung des Preises „Das unerschrockene Wort“ im Jahr 2013 in Eisleben Herrn Michael Beleites zu benennen.

zu 3.2 Institutionelle Förderung für den Kunstverein "Talstrasse" e.V. für die Jahre 2013 bis 2015
Vorlage: V/2012/10912

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Kunstverein „Talstrasse“ für den Betrieb der Galerie in den Jahren 2013 bis 2015 eine Förderung in Höhe von jährlich 13 T€ erhält.

zu 3.3 Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt wegen Mittelzuweisung nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA)
Vorlage: V/2012/10930

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, das vor dem Verwaltungsgericht Halle anhängige Klageverfahren gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 18.06.2012 weiter zu betreiben.

zu 3.4 **Zukunftsinvestitionsfonds - Energieeinsparmaßnahmen - Erneuerung von sechs Heizungsanlagen**
Vorlage: V/2012/10947

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, einen Energieeinspar-Garantie-Vertrag mit der WISAG Energiemanagement GmbH & Co. KG für die Erneuerung von sechs städtischen Heizungsanlagen abzuschließen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.2 **Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes**
Vorlage: V/2012/11053

Frau Raab, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass ihre Fraktion sich bei der Abstimmung zu dieser Vorlage enthalten werde und begründete dies. Im Zusammenhang mit der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes finde parallel immer wieder eine Diskussion hinsichtlich eines Abrisses der Hochstraße statt.

Ihre Fraktion befürchte, dass bei Zustimmung zur Vorlage auch eine Willenserklärung durch den Stadtrat erfolge, dass ein Abriss der Hochstraße gebilligt werden würde. Dem wolle man sich verwehren.

Ungeachtet dessen brachte **Frau Raab** zum Ausdruck, dass ihre Fraktion der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen positiv gegenüber stünde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies auf den Beschlussvorschlag der Vorlage und regte an die Formulierung: „Der Stadtrat möge beschließen ...“ zu ändern in: „Der Stadtrat beschließt ...“. Anderenfalls könnte davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Beschlussfassung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolge.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich für den Hinweis und nahm die redaktionelle Änderung auf.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion die Vorlage unterstütze und machte deutlich, dass im Zuge dessen eine Alternative zur Hochstraße entwickelt werden müsse. Die Diskussion dazu wurde bisher von den Franckeschen Stiftungen stets mit der Bewerbung zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes verknüpft, so dass die Stadt hier tätig werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Halle (Saale) die Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes unterstützt und bittet das Land Sachsen-Anhalt, alles für deren erfolgreiche Durchführung zu tun.

zu 5.5 Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2012/10916

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf den Punkt 5.4.4 der Stellungnahme der Verwaltung zum Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung hinsichtlich der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße. Er wies darauf hin, dass dazu zwei unterschiedliche Stellungnahmen der Verwaltung vorliegen und fragte, welche der beiden korrekt sei.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die zur Vorlage beigefügte Stellungnahme korrekt wäre. Darin sei auf Seite 13 unter Punkt 5.4.4 aufgeführt, dass der Eigenbetrieb ZGM seit der Fertigstellung der Trainingsschwimmhalle bis zum Abschluss eines endgültigen Betreibervertrages, welcher einer gesonderten Vereinbarung bedarf und gerade endverhandelt werde, für den Betrieb der Schwimmhalle Sorge.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Gründen der zweiten Stellungnahme und nach der Servicevereinbarung. Seinen Informationen zufolge werde der Betrieb bereits anderweitig organisiert.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erklärte, dass entsprechend des Stadtratsbeschlusses die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße durch die Bäder Halle GmbH zu bewirtschaften sei. In dem Zusammenhang musste geklärt werden, in welcher Höhe das Bewirtschaftungsentgelt sachdienlich wäre. Dazu liege eine Stellungnahme eines Wirtschaftsprüfers vor, welche derzeit ausgewertet werde. Danach erfolge die Vertragsunterzeichnung zur Bewirtschaftung mit der Bäder Halle GmbH. Bis dahin sichere der Eigenbetrieb ZGM den technischen Betrieb ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011 wird gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung Land-Sachsen-Anhalt beschlossen und der Oberbürgermeisterin Entlastung erteilt.

**zu 5.6 Jahresabschluss 2011 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10892**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 02.07.2012:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2011 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Klotz-Kalbas GmbH geprüften und am 11.05.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	48.897,09 €.
Die Bilanzsumme beträgt	11.696.333,98 €.

2. Der Jahresüberschuss von 48.897,09 € wird in voller Höhe in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 5.7 Jahresabschluss 2011 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10893**

(Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados sowie die Stadträte Frau Dr. Annegret Bergner, Frau Dr. Petra Sitte, Herr Thomas Felke nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 3 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte	
Beschlusspunkte 1+2:	mehrheitlich zugestimmt
Beschlusspunkt 3:	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 02.07.2012:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2011 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Klotz-Kalbas GmbH geprüften und am 11.05.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	37.034,68 €.
Die Bilanzsumme beträgt	37.469.101,88 €.

2. Der Jahresüberschuss von 37.034,68 EUR wird in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2011 entlastet.

zu 5.8 Jahresabschluss 2011 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2012/11023

(Die Stadträte Frau Dr. Ulrike Wünscher, Herr Dr. Rüdiger Fikentscher sowie Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 3 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Beschlusspunkte 1+2:	mehrheitlich zugestimmt
Beschlusspunkt 3:	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2011 wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HENSCHKE und PARTNER GbR geprüften und am 01.08.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	5.715.968,56 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	9.263.637,05 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.715.968,56 EUR wird mit der Kapitalrücklage von 9.828.224,91 EUR verrechnet.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2011 entlastet.

**zu 5.9 Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2012/10923**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2011 wird festgestellt.
2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 5.10 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2012/11014**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2013 wird bestätigt.

zu 5.11 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzung) vom 26. Mai 2004

Vorlage: V/2012/10954

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde und nannte die Gründe dafür. Durch die Umlage zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden die Bürger bereits an der Erhöhung der Stromkosten beteiligt. Die Erhöhung des Realsteuerhebesatzes entsprechend der Vorlage würde eine weitere Mieterhöhung nach sich ziehen und somit die Bürger der Stadt Halle belasten.

Des Weiteren brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass die in der Vorlage genannten Mehreinnahmen in Höhe von 1.150.000 € nicht realistisch wären, da etwa ein Drittel der Miethaushalte in der Stadt Halle Leistungen zu den Kosten der Unterkunft beziehe. Demzufolge steigen die Kosten für die Stadt Halle an anderer Stelle.

Zudem werde mit der Erhöhung des Realsteuerhebesatzes die Attraktivität der Stadt Halle geschmälert, da insbesondere auch Unternehmen mit einer größeren Fläche äußerst stark hierbei mit herangezogen werden. Dies könne dazu führen, dass die Gewerbesteuererinnahmen sinken. Insofern sei mit dieser Vorlage der Ansatz zur Sanierung des Haushaltes falsch.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Kley, ob bei den finanziellen Auswirkungen die Stadt als Mieterin sowie die Bürger, welche Leistungen der Stadt zu den Kosten der Unterkunft beziehen, berücksichtigt wurden bzw. wie hoch die Mehreinnahmen ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Belastungen seien.

Darüber hinaus machte **Herr Häder** deutlich, dass er die Erhöhung des Realsteuerhebesatzes ebenfalls für kritisch erachte. Eine Erhöhung auf 500 v. H. sei aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht zielführend. Ebenso halte er eine Anhebung des Hebesatzes in regelmäßigen Abständen aus Sicht der Bürger der Stadt nicht für sinnvoll. Dies wäre kein vertrauensvolles Verwaltungshandeln.

Aufgrund dessen sei seiner Auffassung nach eine schrittweise Anhebung des Realsteuerhebesatzes nicht zweckmäßig. Vielmehr sollte eine Anhebung auf einen bestimmten Satz erfolgen und diese dann endgültig sein.

Herr Bürgermeister Geier entgegnete, dass die Frage einer Realsteuerhebesatzerhöhung fester Bestandteil der Haushaltskonsolidierungen in den vergangenen Jahren war. Zukünftig sei vorgesehen, den Durchschnittshebesatz der kreisfreien Städte im Rahmen des Finanzausgleiches heranzuziehen. Hierbei werde geprüft, ob eine Kommune unter Berücksichtigung des Durchschnittshebesatzes ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfe. Dieser liege bei den kreisfreien Städten derzeit bei 495 v. H. Sollte man diese Einnahmemöglichkeit nicht ausnutzen, müsse mit Abschlägen bei der Berechnung des Finanzausgleiches gerechnet werden.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Anhebung der Realsteuerhebesätze für sozialbedürftige Einwohner erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, dass eine solche Berechnung äußerst kompliziert und im Einzelnen nicht möglich sei. In der Gesamtüberlegung wäre die Frage aber berücksichtigt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass sich die Haushaltslage der Stadt Halle nicht geändert habe. Hinsichtlich der Ausgabenseite wurden in den vergangenen Jahren in verschiedenen Bereichen Kürzungen vorgenommen.

Es müsse allerdings auch die Einnahmeseite betrachtet werden. Die Anhebung entsprechend der Vorlage auf 500 v. H. wäre seiner Auffassung nach vertretbar. Die Stadt Magdeburg habe einen Hebesatz von 495 v. H., die Stadt Leipzig liege über 500 v. H.

Aufgrund der städtischen Haushaltssituation hielt **Herr Paulsen** die Anhebung für unausweichlich und erklärte, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schloss sich den Ausführungen von Herrn Paulsen dahin gehend an, dass es erforderlich sei, auch die Einnahmeseite zu betrachten. Jedoch könne die Anhebung nicht als Haushaltskonsolidierungsmaßnahme angesehen werden. Im Zuge dessen fragte er, ob aufgrund der Anhebung die Stadt für das Jahr 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne.

Herr Häder wies nochmals darauf hin, dass eine schrittweise Anhebung gegenüber den Bürgern der Stadt Halle nicht ehrlich wäre. Es sollte eine Anhebung in der Form erfolgen, dass diese endgültig sei und damit eine tatsächliche Konsolidierung erreicht werden könne.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde und schloss sich den Ausführungen von Herrn Häder an. Er halte eine schrittweise Anhebung des Hebesatzes zur Haushaltskonsolidierung ebenfalls für nicht zielführend, da keine abschließende und endgültige Anhebung in Aussicht gestellt werde. Selbst mit dem Hebesatz der Stadt Berlin von 800 v. H. könnte der Haushalt der Stadt Halle nicht vollständig saniert werden.

Anschließend informierte **Herr Scholtyssek** über niedrigere Hebesätze vergleichbarer Städte:

Erfurt	450 v. H.
Frankfurt am Main	460 v. H.
Karlsruhe	420 v. H.

Darüber hinaus brachte **Herr Scholtyssek** zum Ausdruck, dass die Bürger der Stadt keine „Melkkühe“ seien. Die Anhebung habe keinen realen Hintergrund. Diese erfolge lediglich, um die Einnahmen für die Stadt zu erhöhen. Dadurch steige aber nicht der Wert der Grundstücke.

Insofern wäre die Anhebung des Hebesatzes nicht gerechtfertigt und stelle ein schlechtes Signal an die Bürger und möglichen Investoren dar. Stattdessen sollte man sich bemühen, Investoren in die Stadt zu holen und somit die Einnahmen der Gewerbesteuer zu erhöhen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass die Argumentation, dass angehobene Steuern nicht wirtschaftsfördernd wären, lediglich ein Vorwand sei. Es wurde bereits an verschiedenen Stellen das Gegenteil bewiesen. Zudem erinnerte er an die durchgeführten Bürgerumfragen, bei denen die Bürger nach eigenen Aussagen gewillt seien, im bestimmten Maße einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten.

Darüber hinaus machte **Herr Paulsen** deutlich, dass die Behauptung, mit der Anhebung des Hebesatzes nicht das gesamte Haushaltsdefizit ausgleichen zu können, in keinster Weise nachvollziehbar sei. Derartige Diskussionen finden auch nicht bei erheblich geringeren Kürzungen statt.

Hinsichtlich der Äußerungen von Herrn Scholtyssek zum Grundstückswert wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass die Grundstückspreise in der Stadt seit einiger Zeit deutlich steigen. Insofern wäre eine Wertsteigerung sichtbar.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass sich seine Fraktion der Haushaltskonsolidierung nicht versperre und diese unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit vornehmen wolle.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die jetzige Steuererhöhung die gerechteste überhaupt wäre, da alle Bürger und Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit der Größe ihrer Wohnung gleichermaßen betroffen seien und an der weiteren Sicherung der Infrastruktur der Stadt beteiligt werden.

Seiner Fraktion missfalle die Erhöhung ebenfalls. Jedoch tragen die Mehreinnahmen in Höhe von ca. 1,15 Mio. € dazu bei, den städtischen Haushalt weiter zu konsolidieren. Anderenfalls müssten an anderer Stelle Kürzungen vorgenommen werden, wie z. B. bei Beratungsstellen, Seniorenbegegnungsstellen usw.

Bezugnehmend auf die Äußerungen von Herrn Scholtyssek zum Hebesatz vergleichbarer Städte stellte **Herr Dr. Meerheim** die Hintergründe dar. Diese Städte haben im Vergleich zur Stadt Halle ein höheres pro-Kopf-Einkommen. In der Stadt Magdeburg als Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt haben sich Gewerbe und Industrie in einem anderen Maße als in der Stadt Halle angesiedelt. Daraus resultieren mehr Steuereinnahmen.

Der Stadtrat könne die Wirtschaft nicht beeinflussen, sondern lediglich die Rahmen- und Standortbedingungen schaffen. Für Unternehmen stünden hierbei andere Punkte als der Hebesatz im Vordergrund.

Aus vorgenannten Gründen sehe seine Fraktion keine andere Möglichkeit als die Erhöhung des Realsteuerhebesatzes, zumal keine Verbesserung der Einnahmeseite der Stadt Halle durch das Land vorgesehen sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seiner Fraktion die Anhebung ebenfalls missfalle, der Vorlage aber dennoch zustimmen werde. Hierbei ginge es um einen strukturellen jährlich wiederkehrenden Beitrag. Dieser stelle entgegen der Ausführungen von Herrn Scholtyssek eine Entlastung für den städtischen Haushalt dar.

Des Weiteren müsse in Anbetracht der Haushaltslage die Attraktivität der Stadt mindestens beibehalten werden, um auch die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Unternehmen vorhalten zu können.

Ungeachtet dessen erinnerte **Herr Krause** an die eingebrachte Dringlichkeitsvorlage seitens der Verwaltung zu demselben Sachverhalt im Juni dieses Jahres, bei der der Hebesatz rückwirkend zum 01.01.2012 angehoben werden sollte. Dem konnte seine Fraktion nicht zustimmen, da dies für die Bürger und Unternehmen nicht kalkulierbar war.

Mit der jetzt vorliegenden Vorlage und der Anhebung ab kommendem Jahr wäre die Erhöhung für die Unternehmen planbar und kalkulierbar.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, ging auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim hinsichtlich der Formulierung „Gerechtigkeit“ ein. Dies bedeute seines Erachtens nicht, dass alle Bürger gleichermaßen einbezogen werden, sondern dass jeder Einzelne entsprechend seiner Möglichkeiten beteiligt werde.

Seine Fraktion wäre grundsätzlich nicht gegen eine Anhebung. Allerdings seien der Zeitpunkt und die gesamtkonzeptionelle Betrachtung der Steuerbehandlung für die Bürger hinsichtlich der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2013 problematisch. Im kommenden Jahr werde die Verwaltung erneut eine Vorlage zur Anhebung des Hebesatzes einbringen und der Stadtrat dieselbe Diskussion führen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, äußerte den Wunsch, dass die Fraktion DIE LINKE. und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Engagement zu Steuererhöhungen auch einbringen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt verbessert und der Haushalt über die Ausgabenseite konsolidiert werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit Wirkung ab dem Jahr 2013 die dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze vom 26. Mai 2004.

**zu 5.14 Bebauungsplan Nr.114, Kaserne an der Murmansker Straße - Änderung des Aufstellungsbeschlusses -
Vorlage: V/2012/10901**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 114, Kaserne an der Murmansker Straße. (Aufstellungsbeschluss vom 13.12.2000 , Beschluss-Nr.: III/2000/00855 und Änderung des Aufstellungsbeschlusses vom 25.03.2009, Beschluss-Nr.: IV/2009/07734)
2. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage Nr. 3 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich wird verkleinert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 4,8 ha.
3. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 13.12.2000, Beschluss-Nr.: III/2000/00855 werden auf den veränderten Geltungsbereich angepasst.

**zu 5.15 Bebauungsplan Nr. 160 „THW Murmansker Straße“ - Aufstellungsbeschluss-
Vorlage: V/2012/10902**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB, den Bebauungsplan Nr. 160 „THW Murmansker Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellte Fläche. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,7 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 5.16 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10951**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass seine Fraktion der Vorlage der Verwaltung zustimmen werde und merkte an, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Juli 2012 zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Aufstellungsbeschluss mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde und nannte die Gründe dafür. Dies wäre mittlerweile die dritte Vorlage zum Vorhaben am Hufeisensee. Dennoch seien die geplanten Maßnahmen dort nicht umfänglich bekannt und immer noch nebulös.

Des Weiteren erinnerte **Herr Paulsen** an die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Stäglin im Juli 2012 zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Aufstellungsbeschluss, dass parallel zum Bebauungsplanverfahren auch der Flächennutzungsplan geändert werden müsse. Zudem wurde eine umfassende und ergebnisoffene Prüfung zugesagt. Die Ergebnisse dieser liegen bisher nicht vor. Dennoch soll nun mit der vorliegenden Vorlage ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan durchgeführt werden. Aus der Vorlage ginge die Lage und Größe des Golfplatzes nicht hervor und die Frage von Zuwegungen sei nicht geklärt.

Herr Paulsen erklärte, dass aus vorgenannten Gründen die Bedenken seiner Fraktion nicht ausgeräumt wären, auch wenn grundsätzlich die Änderung des Flächennutzungsplanes parallel zum Bebauungsplanverfahren richtig sei. Er bat die Verwaltung, nicht weitere Tatsachen zu schaffen, sondern vorerst umfassend zu informieren und den städtischen Meinungsbildungsprozess voranzutreiben.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, wies darauf hin, dass mit der vorliegenden Vorlage das Parallelverfahren durchgeführt werde. Für den Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes sei aber das Planbild noch nicht erforderlich. Dies befinde sich noch in Erarbeitung und werde im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung offengelegt.

Weiterhin merkte **Herr Beigeordneter Stäglich** an, dass die Thematik Golfplatz auch im Flächennutzungsplan im Bereich Osendorfer See aufgeführt sei. Aus diesem Grund wäre es für das weitere Verfahren zielführend, die Thematik Golfplatz am Hufeisensee und Osendorfer See im Änderungsverfahren inhaltlich zusammen zu betrachten und den Flächennutzungsplan in beiden Bereichen zu ändern.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kritisierte, dass die Verwaltung mit der Vorlage einen bestimmten Weg vorgebe und der Diskussionsprozess hinsichtlich des Golfplatzes nicht mehr offen sei. Insofern sollten vorerst der Informations- und Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung und im Stadtrat erfolgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 23, im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“. Die Änderung umfasst zwei Teilflächen, die Teilfläche „Hufeisensee“ und die Teilfläche „Osendorfer See“.
2. Die Abgrenzung der Geltungsbereiche der Änderung für die beiden Teilflächen sind den Anlagen 1 und 2 der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 5.17 Widmung des P+R-Parkplatzes Endstelle Büschdorf-Ost
Vorlage: V/2012/11040

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass die Oberbürgermeisterin beauftragt wird, die Widmung des P+R-Parkplatzes Endstelle Büschdorf-Ost zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

**zu 5.18 Vergabe des neuen Straßennamens Trafoweg
Vorlage: V/2012/11018**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt den neuen Straßennamen Trafoweg für die von der Europachaussee abzweigende Zufahrt zum Werksgelände vom ABB Standort Halle (Saale), Geschäftsbereich Transformatoren.

**zu 5.20 1. Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der
Stadt Halle (Saale) vom 21.11.2007
Vorlage: V/2012/11049**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) vom 21.11.2007.

**zu 5.21 Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hal-
lische Stadtgeschichte e.V. hal-
Vorlage: V/2012/10908**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin zur Vornahme aller erforderlichen Handlungen zu ermächtigen, eine Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V. abzuschließen, die es ermöglicht wichtige stadtgeschichtliche Vermittlungsangebote gemeinsam den Hallensern zu unterbreiten.

zu 6 **Wiedervorlage**

zu 6.2 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts**
Vorlage: V/2012/10963

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt. Hierbei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wann kann ein Austritt erfolgen (Kündigungsfristen etc.)?
2. Besteht neben der Kündigung der Mitgliedschaft die Möglichkeit einer Aussetzung und Einstellung der Mitgliedsbeitragszahlungen?
3. Welchen konkreten Nutzen zog die Stadt aus der Mitgliedschaft in den letzten drei Jahren? Bitte im Einzelfall ausführen (z. B. Stellungnahmen in deren Folge sich die Kosten für die Stadt aus der Erfüllung von Landesgesetzen reduziert haben, konkrete Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung der Stadt Halle etc.)
4. In welchen substantiellen Fällen hat der SGSA nicht die Interessen der Stadt Halle vertreten?
5. Wie beurteilt die Stadt eine fehlende Vertretung der Stadt Halle in einem kommunalen Spitzenverband?
6. Welche benachbarten mitteldeutschen Städte wären zur Gründung eines mitteldeutschen Landesverbandes des Deutschen Städtetages bereit?
7. Welche Kosten würden der Stadt hieraus entstehen?
8. Existiert eine vergleichbare Konstruktion bereits in anderen Bundesländern? Wenn ja, wie effektiv arbeitet diese?
9. Welche Rechte und Pflichten hätte eine derartige Institution?
10. Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Verwaltung zur Verbesserung der Interessenvertretung des SGSA für die Stadt Halle im Falle eines Verbleibes im Verband?

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Erhalt einer werktäglich tagsüber im Dreißig-Minuten-Takt verkehrenden Bahnverbindung zwischen den Haltestellen Trotha und Hauptbahnhof auf der Bahnstrecke der bisherigen S-Bahn-Linie 7 (KBS 591 S-Bahn Halle) auch nach dem Dezember 2013 aus. Dabei müssen weiterhin alle Unterwegshaltestellen bedient werden.**
- 2. Die Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung auf, diese Aufrechterhaltung der Bedienungsqualität bei der Umsetzung des Plans des öffentlichen Personennahverkehrs 2010 - 2015/2025 des Landes und in entsprechenden Verkehrsleistungsvergaben sicherzustellen.**

zu 6.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft Vorlage: V/2012/10997

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und stellte die Hintergründe dar. Es habe offensichtlich Gerüchte um die Zukunft des Universitätsklinikums gegeben. Nach Auffassung seiner Fraktion sei eine vollständige Privatisierung nicht wünschenswert. Erfahrungsgemäß steige der Druck in privatisierten Einrichtungen deutlich und die Qualität sinke spürbar.

Mit dem Antrag soll dem Land signalisiert werden, dass der Stadtrat die Intention, das Universitätsklinikum Halle als gemeinnützige Einrichtung zu erhalten, unterstütze. Dies wäre seiner Auffassung nach wichtig, um das Universitätsklinikum zu stärken und diesem den notwendigen Rückhalt zu geben.

Zudem wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft, Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, entgegen eigener Aussagen das Universitätsklinikum nicht privatisieren wolle. Der Antrag richte sich allerdings auch an den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, so dass das Anliegen seines Erachtens nicht erledigt sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion trotz der eindeutigen Erklärung der zuständigen Ministerin dem Antrag zustimmen werde.

Ungeachtet dessen machte **Herr Krause** darauf aufmerksam, dass im Stadtrat immer mehr Anträge eingebracht werden, welche in Richtung Landespolitik tendieren und dort zu behandeln wären. Er bat darum, dies zukünftig zu berücksichtigen und die jeweiligen Themen im Landtag zu beraten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass für andere Bereiche, bei denen die Zuständigkeit des Stadtrates nicht gegeben und die Stadt Halle dennoch betroffen war, ebenfalls Appelle an das Land gerichtet wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft aus und appelliert an Landesregierung und Landtag, die Erfüllung von dessen gemeinnütziger Aufgabenstellung auch weiterhin durch eine nicht-kommerzielle organisatorische Rechtsform sicherzustellen.

**zu 6.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes für Trinkwasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und merkte an, dass der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung diesem zugestimmt habe.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde und wies darauf hin, dass ihren Informationen zufolge der Antrag im Fachausschuss kontrovers diskutiert wurde. Das Trinkwasser in der Stadt Halle habe eine ausgezeichnete Qualität und viele Ärzte beklagen, dass insbesondere Kinder zu wenig Wasser trinken.

Frau Raab brachte zum Ausdruck, dass der Zugang zum Leitungswasser sowohl in der Wohnung als auch in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen gegeben sei. Insofern wäre der Prüfantrag ihres Erachtens unnötig.

Herr Müller, CDU-Fraktion, teilte bezogen auf die Ausführungen von Frau Dr. Brock mit, dass der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung lediglich der Prüfung zugestimmt habe und nicht einer Aufstellung von Trinkwasserbrunnen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sprach sich für den Antrag aus, um im Sinne von Gemeinwohl gemeinsam mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH Möglichkeiten zu prüfen, an welchen geeigneten öffentlichen Plätzen Trinkwasserbrunnen installiert werden können. Im Ergebnis der Prüfung könne sich dann für oder gegen die Installation von Trinkwasserbrunnen entschieden werden.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies auf die wirtschaftliche Situation der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH hin und bat darum, die Kosten und Finanzierung bei der Prüfung deutlich herauszustellen. Im Rahmen der Erneuerung von Trinkwasserleitungen habe der Geschäftsführer auf Nachfrage auf die wirtschaftliche Situation verwiesen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Wortmeldung von Herrn Misch ein und wies darauf hin, dass entsprechend des Antrages ihrer Fraktion die Bau- und Folgekosten für die Installation von Trinkwasserbrunnen ebenfalls geprüft werden sollen.

Weiterhin werde mit der Installation von Trinkwasserbrunnen die Attraktivität öffentlicher Orte und der Stadt insgesamt gesteigert und trage zur Gesundheit bei. In der Partnerstadt Karlsruhe sei beispielsweise eine Vielzahl an Trinkwasserbrunnen vorhanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Einbeziehung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zu prüfen, an welchen geeigneten öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet Trinkwasserbrunnen installiert werden können und welche Bau- und Folgekosten damit verbunden wären.

Im Anschluss an die Abstimmung bat **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darum, dass der Betreff des jeweiligen Tagesordnungspunktes oder der Beschlusstext verlesen werde. Aufgrund des Ausfalls des Beamers seien für die Bürger und Zuschauer die Diskussionen und Entscheidungen schwer nachvollziehbar.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, dass er den Betreff der bisherigen Tagesordnungspunkte verlesen habe und auch bei den restlichen Tagesordnungspunkten so verfahren werde.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um Zustimmung zum Antrag und begründete diesen in Vertretung für Frau Dr. Sitte. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung könne der Antrag als Bestandteil von Open Government im Rahmen der strategischen Überlegungen zur Verwaltungsmodernisierung mit Hilfe von E-Government im neuen Masterplan aufgefasst werden. Möglicherweise wurde hiermit angeregt, wie Vorlagen oder Informationen für die Bürger besser dargestellt und diese mit Karten und Plänen transparent veranschaulicht werden können. Damit wären für die Bürger die in ihrem Umfeld geplanten Maßnahmen schneller ersichtlich.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Politik und Verwaltung müssen auf die Bürger soweit wie möglich zugehen. Dabei seien Transparenz und Zugänglichkeit grundsätzliche Anliegen.

In dem Zusammenhang erinnerte **Herr Paulsen** an den Antrag seiner Fraktion:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der BürgerInnenbeteiligung und Transparenz durch E-Government
Vorlage: V/2011/10242

Dieser wurde im November letzten Jahres in den Stadtrat eingebracht und nach Beratung im Hauptausschuss im Januar dieses Jahres zugestimmt. Im Ergebnis dessen wurde seitens der Verwaltung zur heutigen Sitzung entsprechend des TOP 9.3 eine Informationsvorlage mit einem Kurzkonzept vorgelegt. Insofern wäre das Anliegen des vorliegenden Antrages im Grunde bereits erledigt.

Herr Sprung, CDU-Fraktion, erklärte, dass er der Intention des Antrages zustimmen könne. Allerdings bestünde seitens seiner Fraktion weiterer Beratungsbedarf hinsichtlich der Stadtteilrelevanz und in welchem Umfang ein solches Konzept erforderlich sei.

Aufgrund dessen verwies **Herr Sprung** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- 1. Ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus Sessionnet und anderen öffentlichen Quellen transparent für Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden können.*
- 2. Dafür sollen schon veröffentlichte, in Vorbereitung befindliche Ratsvorlagen, Bebauungspläne und ähnliches mit Schlagworten versehen, georeferenziert und in einer Karte anschaulich nach Stadtteilen und Straßen sortiert werden.*
- 3. Die Aufarbeitung ist auf der Homepage der Stadt anschaulich zugänglich zu machen.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Hauptausschuss**

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum zeitlich optimierten Ersatz von Notebooks in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/11087

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bat um Zustimmung zum Antrag und erinnerte zunächst an den vor einigen Monaten eingebrachten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Green IT. Intention des Antrages war, dass die Stadtverwaltung möglichst energiesparende und ressourcenschonende neue Geräte der Informations- und Kommunikationstechnologie anschaffen soll.

Aus der aktuellen Studie des Öko-Instituts und Fraunhofer Instituts im Auftrag des Umweltbundesamtes ginge allerdings eindeutig hervor, dass es nicht immer sinnvoll sei, die neueste Technik anzuschaffen. Der CO₂-Ausstoß während der Produktion eines Notebooks sei wesentlich größer als später durch geringeren Stromverbrauch. Um einen positiven Effekt zu erzielen, müsste ein neues Notebook 70 % energieeffizienter sein, um den Austausch des alten Gerätes nach 13 Jahren zu rechtfertigen. Real seien ca. 10 %. Danach müssten Notebooks zwischen 33 und 89 Jahren genutzt werden, um sie nachhaltig und klimafreundlich ersetzen zu können.

In Anbetracht dessen sollte die Stadtverwaltung die vorhandene IT-Technik unter der Voraussetzung, dass die Systemstabilität und Arbeitsfähigkeit gewährleistet sei, möglichst lange nutzen. Sofern Neuanschaffungen notwendig seien, sollen die ökologischen und ökonomischen Aspekte ausgewogen betrachtet werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass er erfreut sei, dass die CDU-Fraktion die aktuelle Studie des Umweltbundesamtes zu Notebooks und die Thematik Green IT aufgegriffen habe.

Des Weiteren wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass in der Studie explizit Notebooks untersucht wurden und die Datenlage nicht ausreichend wäre. Daraus könne man nicht ableiten, dass damit eine allgemeine Gültigkeit für IT-Technik vorliege. Beispielsweise sei der Einsparereffekt bei Röhrenmonitoren deutlich höher als bei Notebooks. Insofern bestünde weiterer Beratungsbedarf hinsichtlich der Studie und zur Frage des Austausches der Technik.

Infolge dessen verwies **Herr Paulsen** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) berücksichtigt bei der Neubeschaffung von Notebooks im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT) die Erkenntnisse neuer Studien zum Ressourcenverbrauch. Demnach ist eine längere Nutzungsdauer der Notebooks einem Ersatz durch neue stromsparendere Geräte vorzuziehen. Demzufolge haben bei der Beschaffung von IT Technologie Wirtschaftlichkeit, Funktionsfähigkeit und ökologische Gesichtspunkte gleichermaßen eine Rolle zu spielen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach
VOB, VOL, HOAI, VOF**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**zu 7.3 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076**

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, erklärte, dass dieses Thema bereits in der Vergangenheit nicht nur im Stadtrat diskutiert, sondern auch von der Paulusgemeinde selbst des Öfteren angeregt wurde, u. a. in einer Bürgerversammlung im Jahr 2010.

Die Aufwertungsmöglichkeit bei einer Beleuchtung der Pauluskirche wäre für das Stadtbild als auch für die Pauluskirche selbst ein enormer Zugewinn. Die entscheidende Frage sei die Finanzierung. Nach Aussage des Pfarrers der Paulusgemeinde, Herrn Kasparick, waren die Planungen für ein solches Vorhaben zum damaligen Zeitpunkt bereits relativ weit vorangeschritten.

Hinsichtlich der Fragen zu den technisch baulichen Vorrichtungen und der Ausmaße gebe es eine unterschiedliche Beurteilung. Die Stadtverwaltung gehe von einem relativ hohen Aufwand aus. Die Paulusgemeinde komme nach Anfrage bei einer hier ansässigen Elektrofirma zu einem anderen Ergebnis. Dieses Schreiben werde er den übrigen Fraktionen zur Verfügung stellen.

Aufgrund der unterschiedlichen Gemengelage verwies **Herr Hildebrandt** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Darüber hinaus machte **Herr Hildebrandt** darauf aufmerksam, dass sich die Paulusgemeinde an den Installationskosten beteiligen wolle. Dies sei abhängig von der Höhe der Kosten und die Möglichkeit Spendengelder auszuschöpfen. Bezüglich der Betriebskosten könnte eventuell durch die Übertragung der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke Halle GmbH ein Kompromiss gefunden werden.

Frau Raab, FDP-Fraktion, äußerte ihr Unverständnis, dass die Stadtwerke die HAVAG, Turnhallen, Trinkwasserbrunnen entsprechend des Antrages zum TOP 6.14 und mit dem vorliegenden Antrag die Illumination der Pauluskirche finanzieren sollen.

Es wäre verständlich, dass eine Gemeinde beabsichtige, ihre Kirche mit einer Illumination aufzuwerten. Allerdings könne man aufgrund der städtischen Haushaltssituation nur zu dem Ergebnis kommen, dass eine Illumination der Pauluskirche nicht finanzierbar sei.

Darüber hinaus brachte **Frau Raab** zum Ausdruck, dass vorerst ein Gebäude bzw. Objekt angestrahlt werden sollte, welches eine Wirkung für die gesamte Stadt habe und verwies im Zuge dessen auf das Händel-Denkmal.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte im Zusammenhang mit dem Thema Beleuchtung auf die Lichtverschmutzung aufmerksam. Diese habe relevante Auswirkungen auf verschiedene Lebewesen und die Bevölkerung, da diese durch die Illumination von Gebäuden in ihrem Lebens- und Wohnraum beeinträchtigt werden.

In Anbetracht dessen verwies **Herr Paulsen** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung nimmt Verhandlungen mit dem Ziel auf, dass mit Hilfe der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und in Abstimmung mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle eine dauerhafte Illumination der Pauluskirche erreicht wird.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

**zu 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066**

Herr Krause, SPD-Fraktion, zog den Beschlusspunkt 3 des Antrages seiner Fraktion zurück, da dieser missverständlich sei. Zudem habe die Verwaltung in ihrer Stellungnahme erklärt, dass sie dafür Sorge tragen werde, dass der Veranstalter ausreichend Abstellanlagen zur Verfügung stelle.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass seitens seiner Fraktion weiterer Beratungsbedarf hinsichtlich des Standortes sowie der Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen bestünde.

Aus diesem Grund verwies **Herr Häder** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Häder an, dass lediglich der Beschlusspunkt 2 einen Prüfantrag darstelle. Der Beschlusspunkt 1 würde bei Zustimmung zum Antrag bereits umgesetzt.

Des Weiteren äußerte sich **Frau Raab** im Hinblick auf die Beratung in den Fachausschüssen mit folgenden Fragen:

Welche Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz müssen für Veranstaltungen gesperrt werden? Ihres Erachtens seien die vorhandenen Fahrradabstellanlagen so aufgestellt, dass sie kein Hindernis für die jeweiligen Veranstaltungen darstellen.

Ist es rechtlich möglich, den Veranstalter zu beauftragen, adäquate Ersatzabstellplätze bereitzustellen?

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen könne und erfreut sei, dass der Beschlusspunkt 3 durch den Antragsteller zurückgezogen wurde. Nach Auffassung seiner Fraktion haben die Veranstalter adäquate Ersatzabstellplätze auszuschildern.

Weiterhin sei grundsätzlich der Bedarf erkannt, dass auf dem Marktplatz und der Innenstadt insgesamt mehr Fahrradabstellanlagen benötigt werden. Im Zuge dessen erinnerte **Herr Paulsen** an einen Antrag der SPD-Fraktion, in der Stadt Halle 1.000 Fahrradabstellanlagen zu errichten. Diesem wurde damals zugestimmt. Insofern sollte die Priorität auf feste Fahrradabstellanlagen gelegt werden. Damit würde sich die Frage des Standortes für mobile Abstellanlagen erübrigen.

Aus vorgenannten Gründen, so **Herr Paulsen** weiter, sollte die Stadtverwaltung eine Radwegekonzeption vorlegen. In dem Zusammenhang sollten ebenso mögliche Standorte für Fahrradabstellanlagen geprüft werden. Möglicherweise könne die Verwaltung dies in den Diskussionsprozess einfließen lassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Stadtverwaltung soll zukünftig bei der Vertragsgestaltung mit Veranstaltern, die eine Veranstaltung auf dem Marktplatz planen, berücksichtigen, dass für stationäre Fahrradabstellanlagen, die in Vorbereitung bzw. zur Durchführung der Veranstaltungen gesperrt werden müssen, vom Veranstalter Ersatz in Form von mobilen Abstellanlagen geschaffen wird.*
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die mobilen Abstellanlagen von der Stadt Halle (Saale) zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden können.*
- ~~3. Die Stadtverwaltung sorgt während der Veranstaltung für eine ausreichende Ausschilderung der alternativen Fahrradabstellanlagen.~~*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

zu 7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalkonzeptes
Vorlage: V/2012/11056

Frau Raab, FDP-Fraktion, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Gründe für die Einbringung. Seitens der Verwaltung werde infolge des altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeitern der Bedarf einer Neubesetzung unterstellt. Mit dem Antrag soll eine aufgabenbezogene Bedarfsprüfung aller Personalstellen durchgeführt werden. Im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden mit ähnlichen Aufgabengrößenordnungen sei in der Stadt Halle noch eine Menge Potenzial vorhanden.

Anschließend ging **Frau Raab** auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein, in der über die Personalsituation im Jugendamt umfangreich berichtet wurde. Dies bestärke ihre Fraktion in der Auffassung, dass das gesamte Personalverfahren innerhalb der Stadtverwaltung überprüft werden müsse, an welchen Stellen personelle Unter- bzw. Überdeckung vorhanden sei.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass bisher in jeder Wahlperiode ein solcher Antrag unterschiedlicher Fraktionen eingebracht wurde. Diese wurden aber trotz Zustimmung nicht umgesetzt. Insofern hoffe sie, dass bei Zustimmung zum vorliegenden Antrag endlich auch eine Umsetzung erfolge. Zudem schlug sie vor, im Rahmen des Personalkonzeptes das Gesundheitsmanagement einzubeziehen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er halte die Aufgabenbezogenheit entsprechend des Beschlussvorschlages ebenfalls für wichtig.

In Anbetracht dessen äußerte sich **Herr Krause** mit folgenden Fragen:

Wann findet die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses statt, in der die Fachkonzepte und die aufgabenbezogenen Bedarfe diskutiert werden?

Wie werden die Rückflüsse aus dem Krankenstand von Verwaltungsmitarbeitern in Höhe von ca. 2,5 Mio. € verwendet? Werden diese in den Haushalt eingestellt, zur Haushaltskonsolidierung verwendet oder für Personalmaßnahmen bereitgestellt?

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass seine Fraktion die Intention des Antrages ausdrücklich unterstütze. Seines Erachtens sei der Antrag aber zu allgemein formuliert. Dieser sollte mit konkreteren Maßnahmen und zeitlichen Vorgaben untersetzt werden.

Aufgrund dessen verwies **Herr Bönisch** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte an, dass die Beantwortung seiner Fragen bei der Behandlung des Antrages im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ausreichend sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) erstellt ein Personalkonzept, mit dem Ziel einer aufgabenbezogenen Bedarfsprüfung aller Personalstellen. Abhängig vom Ergebnis werden die Personalstellen neu zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement Vorlage: V/2012/11055

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass der Antrag äußerst kurz gefasst sei und über die Datumsangabe entsprechend des Beschlussvorschlages diskutiert werden könne.

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM) wurde ursprünglich ausgegliedert, um Kosten zu sparen und möglicherweise auch um den Dienstleistungscharakter zu verbessern.

Derzeit sei der EB ZGM aber eines der meist kritisierten Organisationseinheiten in der Stadtverwaltung. Dies habe wahrscheinlich auch zu negativen Auswirkungen im Handeln sowohl von Stadtverwaltung als auch von gesellschaftlichem Leben in der Stadt geführt. Beispielsweise gebe es unqualifizierte Anträge für Bauförderungen, intransparente Betriebskostenabrechnungen für Schulen und finanziell überhöhte Planungen.

Entsprechend der Stellungnahme der Stadtverwaltung habe man sich dieses Problems bereits angenommen und in organisatorische Überlegungen einbezogen. Mit dem Antrag soll dies befördert werden.

Um über den Zeitpunkt der Eingliederung des EB ZGM diskutieren zu können, verwies **Frau Raab** den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte zunächst an, dass ein solches komplexes Thema nicht aufgrund eines Satzes beschlossen werden könne. Hierzu müsse ein Konzept vorliegen und eine Übergabe stattfinden.

Darüber hinaus fragte **Frau Dr. Brock** nach dem Gegenstand der in Auftrag gegebenen Organisationsanalyse zum effektiven Immobilienmanagement entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Verwaltung bereits eine Vorlage zur Satzungsauhebung des EB ZGM eingebracht hatte. Seitens des Stadtrates wurde die Vorlage zurückgestellt, da weiterer Klärungsbedarf bestand. Daraufhin wurde ein Beratungsunternehmen mit der Erstellung einer Organisationsanalyse zum effektiven Immobilienmanagement beauftragt. Das Ergebnis dieser müsse allerdings auch mit dem zukünftigen Sparberater abgestimmt werden.

Ihres Erachtens sollte die Eingliederung des EB ZGM genau geprüft und vorbereitet werden, um eine nachhaltige Entscheidung treffen zu können. Insofern sei die Organisationsanalyse des Beratungsunternehmens abzuwarten und eine Eingliederung im Gesamtkontext mit dem Sparberater zu prüfen.

Hinsichtlich der Verweisung in den Hauptausschuss erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass das Ergebnis der Organisationsanalyse voraussichtlich im I. Quartal 2013 vorliege. Aus diesem Grund sei eine Behandlung des Antrages im Hauptausschuss frühestens im Januar 2013 zweckmäßig.

Herr Krause, SPD-Fraktion, widersprach den Ausführungen der Oberbürgermeisterin hinsichtlich des Verfahrens und der Gründe des Zurückstellens der Vorlage zur Satzungsaufhebung des EB ZGM und stellte dieses aus seiner Sicht dar. Die Angelegenheit hätte bereits zu einem früheren Zeitpunkt auf Grundlage eines Gutachtens der damaligen Organisationsuntersuchung gelöst werden können. Es sei nicht nachvollziehbar, dass entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung eine nochmalige Organisationsanalyse erfolge.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, machte deutlich, dass entsprechend des Konzeptes der Rauschenbach & Kollegen GmbH eine völlige Auflösung des EB ZGM bzw. Dezentralisierung der Eigentumsverwaltung nicht empfohlen werde.

Die jetzt beauftragte Untersuchung beinhalte einen Soll-Ist-Vergleich, inwieweit eine Auflösung des EB ZGM sinnvoll sei und wie effizientes Immobilienmanagement zukünftig in der Stadt Halle organisiert werde. Auf Grundlage dessen könne der Stadtrat eine entsprechende Entscheidung treffen, u. a. auch hinsichtlich der zukünftigen Organisationsform des ZGM.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, da es sich bei dem EB ZGM um eine Beteiligung handele. Der Antrag sollte, wie von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagen, nach Vorliegen des Ergebnisses der Organisationsanalyse, gemeinsam mit der entsprechenden Vorlage der Verwaltung in den Fachausschüssen behandelt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement wird zum 1. Januar 2013 in die Stadtverwaltung eingegliedert.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion in den
Hauptausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057**

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass die im Antrag geschilderte Problematik hinsichtlich der Kastration wild lebender Katzen im Zuge der diesjährigen Haushaltsberatungen und auch insbesondere in den Einwohnerfragestunden durch Vertreter hallescher Tierschutzvereine thematisiert wurde.

Die Tierschutzvereine, die sich durch Kastrationsaktionen wild lebender Katzen freiwillig des Problems angenommen haben, sehen sich durch die Mittelkürzungen seitens der Stadt außer Stande, dies in dem Umfang weiter durchzuführen. Seit Beginn der Aktion durch die Tierschutzvereine in den 90er Jahren konnte bis jetzt der Bestand erheblich verringert werden. Aus diesem Grund sehe die Verwaltung derzeit kein Problem und wolle erst über eine Lösung nachdenken, wenn sich der Bestand wild lebender Katzen wieder erhöhe. Ihres Erachtens wäre diese Herangehensweise nicht zielführend.

Insofern sei eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht notwendig. Diese sollte analog anderer Städte, wie z. B. Paderborn, Bremen, Hildesheim, Gütersloh und Leverkusen, im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung entsprechend geregelt werden.

Darüber hinaus machte **Frau Raab** auf das Problem des Taubenbestandes aufmerksam. Hierbei haben andere Städte, wie in der Begründung zum Antrag ihrer Fraktion dargestellt, ebenfalls gute Lösungen gefunden.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass er über die Stellungnahme der Verwaltung dahin gehend erstaunt sei, dass auf eine Anfrage zu dieser Problematik seinerseits und von Frau Wolff die Verwaltung geantwortet habe, dass kein Problem mit Katzen bestünde. Die Anfrage bezog sich ebenso auf die Kastrationspflicht.

Anschließend zitierte **Herr Häder** den zuständigen Beigeordneten entsprechend der damaligen Antwort der Verwaltung:

„... Bei der Einführung einer Kastrationspflicht handelt es sich um einen Eingriff in private Besitzrechte von Tierhaltern. Da in der Stadt Halle derzeit keine öffentliche oder abstrakte Gefahr durch eine ausufernde Katzenpopulation besteht, existiert kein Regelungsbedarf für eine Änderung der Gefahrenabwehrverordnung. Die amtliche Wahrnehmung einer Stadt während der Population auf niedrigem Niveau wird durch ansässige Tierschutzvereine bestätigt.“

Die Antwort wäre seines Erachtens so zu verstehen, dass eine Prüfung bereits vorgenommen wurde. Somit sei der Grund einer erneuten Prüfung nicht ersichtlich.

Aus diesem Grund verwies **Herr Häder** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, um dort Kenntnis zu erhalten, ob und inwieweit sich die damalige Einschätzung geändert habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass entsprechend der Begründung des Antrages auch private Tierhalter genötigt werden könnten, ihre Tiere kastrieren zu lassen. Den Tierhaltern entstünden dafür Kosten von 120 € bis 150 €.

Aufgrund dessen bat **Herr Krause** darum, dass dieser Sachverhalt bei der Diskussion in den Ausschüssen berücksichtigt werde.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass der Antrag nicht zielführend wäre. Hierbei werden mit den Katzen und Tauben zwei verschiedene Probleme angesprochen, die unterschiedlich zu werten seien.

Entsprechend der Begründung sollen frei laufende Katzen ab dem fünften Lebensmonat kastriert werden. Eine Kastration werde seiner Auffassung nach aber grundsätzlich erst mit der Geschlechtsreife durchgeführt, damit sich das Tier entsprechend entwickeln könne. Insofern wäre der fünfte Lebensmonat eindeutig zu früh für eine Kastration. Zudem sei es nicht nachvollziehbar, dass auch private Tierhalter genötigt werden sollen, ihre Katzen kastrieren zu lassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und Maßnahmen zur Reduzierung des Taubenbestandes.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines verbindlichen Katalogs sozialer und ökologischer Kriterien bei Auftragsvergaben der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11093

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und erläuterte das Ziel dessen. Damit sollen für einen bestimmten Bereich der städtischen Auftragsvergabe soziale und ökologische Kriterien entwickelt und in einem Katalog festgeschrieben werden. Dieses wäre rechtlich seit geraumer Zeit möglich.

Als Beispiel sei die Stadt Jena genannt, die kürzlich als 100. Stadt mit dem Titel „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet wurde. Zudem habe die Stadt Magdeburg unlängst einen umfangreichen Katalog entwickelt und veröffentlicht, der eine Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien bei der kommunalen Beschaffung vorsehe.

Ebenso sollte die Stadt Halle nach Auffassung seiner Fraktion in diesem Bereich aktiver werden. Anregungen aus dem Stadtrat wurden bisher nur unzureichend umgesetzt, wie z. B. die Verwendung von Fair Trade-Produkten.

Herr Paulsen machte deutlich, dass seine Fraktion vor diesem Hintergrund über die Stellungnahme der Verwaltung enttäuscht sei. Darin wurde pauschal auf das neue Vergabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt verwiesen und angedeutet, dass der Antrag seiner Fraktion erledigt wäre. Allerdings sei das Vergabegesetz nur die Grundlage dafür, dass diese Kriterien von den Städten berücksichtigt werden können. Die Kriterien selbst müsse die jeweilige Stadt eigenständig festlegen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI, VOF.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Katalog mit sozialen und ökologischen Kriterien für die Beschaffung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern für die Bürobereiche der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe zu erarbeiten und nach Erstellung bei Auftragsvergaben zu berücksichtigen. Über die Umsetzung und Fortschreibung ist im Rahmen des jährlichen Vergabeberichtes zu informieren.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach
VOB, VOL, HOAI, VOF**

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausgleich von Mehraufwendungen für erhöhte Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: V/2012/11090**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Hintergründe für die Einbringung. Das Bundesverfassungsgericht habe eine Übergangsregelung für die Leistungen für Asylbewerber geschaffen. Analog der Stadt Magdeburg soll die Stadtverwaltung gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt einfordern, dass die durch das Urteil entstehenden Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2012 ausgeglichen und im Rahmen des Finanzausgleiches ab dem Jahr 2013 berücksichtigt werden.

Auf Anfrage ihrer Fraktion wurde seitens der Verwaltung erklärt, dass aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes der Stadt bereits in diesem Jahr Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,25 Mio. € entstünden. Zudem habe die Verwaltung geäußert, dass der Ausgleich automatisch erfolge. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Antrag ginge jedoch hervor, dass der Städte- und Gemeindebund gebeten wurde, vom Land einen Ausgleich einzufordern.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, merkte zunächst an, dass mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ein wichtiger Schritt hinsichtlich der Behandlung von Asylbewerbern in Deutschland erfolgt sei. Die durch das Urteil entstehenden Mehraufwendungen wären allerdings ein bundesweites Problem.

Im Zuge dessen stellte **Herr Dr. Diaby** dar, dass dahin gehend Abstimmungen stattfinden und verwies auf den Erlass des Innenministeriums dazu. Zudem werde die Stadt die Mehraufwendungen nicht tragen. Diese Kosten seien im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes enthalten.

Abschließend erklärte **Herr Dr. Diaby**, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze und dass es wichtig wäre, dass die Diskussionen und der Mehraufwand nicht zu Lasten der Betroffenen in Form von bürokratischem Aufwand gehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt einzufordern, dass Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2012 ausgeglichen und im Rahmen des Finanzausgleichs ab 2013 umfassend berücksichtigt werden, die der Stadt Halle infolge einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012 zur Verfassungswidrigkeit von § 3 Asylbewerberleistungsgesetz entstehen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte das Ziel dessen. Tourismus- und Freizeitwirtschaft sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und für das Image der Stadt Halle bedeutsam. Eine für die Stadt Leipzig beauftragte Potentialstudie bescheinige diesen Wirtschaftszweigen eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Insofern sollte auch die Stadt Halle eine Tourismuskonzeption erstellen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass sie der Intention des Antrages grundsätzlich folgen könne. Die Formulierung im Beschlusspunkt 1 lasse allerdings den Schluss zu, dass die Stadtmarketing GmbH die Tourismuskonzeption finanzieren soll. Demzufolge wären die entsprechenden Mittel in den Wirtschaftsplan der Stadtmarketing GmbH einzustellen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und bat die Verwaltung im Ausschuss um Darstellung der Finanzierung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gegenüber der Stadtmarketinggesellschaft darauf hinzuwirken, bis zum 3. Quartal 2013 eine aussagekräftige Potentialstudie für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Diese Studie soll möglichst durch einen externen Dienstleister erstellt und gemeinsam mit weiteren Partnern finanziert werden.*
- 2. Auf Basis dieser Studie wird eine für die Stadtmarketinggesellschaft und das städtische Verwaltungshandeln verbindliche Tourismuskonzeption mit mindestens fünfjährigem Planungshorizont entwickelt, an deren Beteiligung alle relevanten Akteure und Interessengruppen der Stadt beteiligt werden und die vom Stadtrat verabschiedet wird.*
- 3. Der Erfolg dieses Planungsprozesses und die Umsetzung der Ziele der Tourismuskonzeption werden im fünften Jahr nach deren Inkrafttreten evaluiert und dem Stadtrat in Form einer Beschlussempfehlung für die Fortführung oder Weiterentwicklung vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

- zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102**
- zu 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165**
- zu 7.11.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11168**
- zu 7.11.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)
Vorlage: V/2012/11172**
-

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass der Antrag ihrer Fraktion appellatorischen Charakter habe. Die Universität sei einer der zentralsten Standortfaktoren, u. a. auch für einen Zuzug in die Stadt Halle und nach Sachsen-Anhalt.

Die Zahl der Studierenden in der Stadt Halle habe sich mit 20.000 Studenten im aktuellen Wintersemester erneut erhöht. Dies wäre nicht nur ein Gewinn für das kulturelle Leben, sondern ebenso für die Stabilisierung der Einwohnerzahlen. Dadurch konnte Ende letzten Jahres der prognostizierte Bevölkerungsschwund gestoppt werden. Inzwischen seien ein Viertel der neuen Studierenden aus den alten Bundesländern, um die hier vorhandenen guten Studienbedingungen nutzen zu können.

Aus vorgenannten Gründen sollte der Stadtrat agieren und die Landesregierung auffordern, die Martin-Luther-Universität Halle ausreichend finanziell auszustatten und keine weiteren Budgetkürzungen vorzunehmen. Dazu wäre es erforderlich, dass Stadt und Stadtrat den Prozess auch weiter unterstützend begleiten. Die gute Studienqualität an der Martin-Luther-Universität sollte nicht vernachlässigt werden. Anderenfalls würde sowohl der Universität als auch der Stadt Halle ein Schaden entstehen.

Weiterhin wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass man sich als Stadt der Wissenschaft ansehe. Die Universität sei beteiligt an der Stadtmarketing GmbH und führe Kampagnen durch, dass Studenten in anderen Bundesländern für die Stadt Halle als Universitätsstandort werben.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass mit Beginn der Proteste und den vorgeschlagenen Maßnahmen des Rektorats die Hintergründe dessen noch nicht eindeutig klar waren. Seinerseits wurden keine finanziellen Probleme gesehen, da die Universität regelmäßig Rücklagen bilde und diese im darauffolgenden Jahr aufbrauche.

Mittlerweile habe eine Debatte im Landtag stattgefunden, welche seitens seiner Fraktion initiiert wurde. Darin wurde deutlich, dass tatsächlich ein strukturelles Defizit vorhanden sei, das durch vorübergehende Mittel des Bundes ausgeglichen werde.

In Anbetracht dessen, so **Herr Lange** weiter, sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zielführend. Danach soll das Land der Universität finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die Höhe sei aber nicht ersichtlich. Zudem wäre nicht geklärt, wofür die Universität diese Mittel einsetzen soll.

Aus diesem Grund habe seine Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Ziel entsprechend des Beschlusspunktes 1 sei es, dass hierbei das Interesse der Stadt Halle dahin gehend berücksichtigt werde, die Kapazität der Universität hinsichtlich der Studienplätze zu erhalten und eine Vielzahl an Arbeitsplätzen bereitzustellen.

Darüber hinaus wies **Herr Lange** darauf hin, dass das Land insgesamt die Hochschulstruktur neu organisieren wolle. Dieser Prozess soll unter Beteiligung des Wissenschaftsrates im kommenden Jahr beginnen. Die Stadt und die Region sollten sich an dem Prozess frühzeitig beteiligen.

Infolge dessen sollte entsprechend des Beschlusspunktes 2 ein Dialogforum initialisiert werden unter Einbeziehung der regionalen Wissenschaft, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die Hochschulen in der Stadt Halle und im Saalekreis sowie die regionale Politik. In dem Forum könne das regionalpolitische Interesse an den zukünftigen Hochschulstrukturen dargestellt werden, um u. a. zu verhindern, dass z. B. Ingenieurwissenschaften an der Universität gestrichen werden, obwohl insbesondere diese in der Region gebraucht werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. aus grundsätzlichen Erwägungen zustimmen werde. Entsprechend des Beschlusspunktes 2 des Änderungsantrages seiner Fraktion sollte aber der Rektor der Martin-Luther-Universität zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung eingeladen werden.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der FDP-Fraktion machte **Herr Krause** deutlich, dass der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung nicht eingeladen werden könne, da entsprechend der Regularien der zuständige Minister zu erscheinen habe. Dies wäre die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft. Insofern sei der Änderungsantrag der FDP-Fraktion obsolet und sollte entsprechend geändert werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, regte zunächst an, über die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Appelle“ nachzudenken. Aufgrund der eingebrachten Änderungsanträge wäre die Intention des Antrages allerdings inhaltlich aufgewertet. Die Änderungsanträge seien nach Auffassung seiner Fraktion nachvollziehbar, jedoch nicht hinreichend durchdacht.

Infolge dessen verwies **Herr Bönisch** den Antrag einschließlich der Änderungsanträge namens der Fraktion in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)
Vorlage: V/2012/11165**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat stellt fest, dass die MLU als größter Arbeitgeber und größte Hochschule des Landes eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) hat. Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat die Landesregierung auf, die Anzahl der Studienplätze, und somit die Kapazität für Forschung und Lehre zu erhalten. Das schließt eine auskömmliche Finanzierung ein.*
- 2. Die zukünftige Ausgestaltung der Hochschulstrukturen im Land und die damit verbundenen zukünftigen Profile der Hochschule haben enorme Auswirkungen auf die Entwicklung von Stadt und Region. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung, ein Dialogforum in der Region zu initialisieren. Partner sollen dabei neben Stadt und Landkreis die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Hochschule in Halle und Saalekreis, die regionale Wirtschaft sowie die Landesregierung sein. Ziel des Dialogforums ist es, die im nächsten Jahr stattfindende Neustrukturierung der Hochschullandschaft aus regionalpolitischer Sicht zu begleiten.*

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Hauptausschuss

zu 7.11.2 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11102)**
Vorlage: V/2012/11168

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.*
2. **Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Hauptausschuss

zu 7.11.2.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Vorlagen-Nr. V/2012/11168)**
Vorlage: V/2012/11172

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.*
2. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) lädt den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg **und den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt** zu einer öffentlichen Anhörung in die nächste Stadtratssitzung ein.*

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Hauptausschuss

zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2012/11102

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert Landesregierung und Landtag auf, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für dieses und die Folgejahre eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen und auf weitere Budgetkürzungen zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Hauptausschuss

Der Stadtrat legte eine Pause von 30 Minuten ein.

zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung von Fördermöglichkeiten im Bereich Frühe Hilfen
Vorlage: V/2012/11103

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Jugendhilfeausschuss, um den Prozess dort weiter begleiten zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Höhe die Stadt Halle für die Jahre 2012 bis 2015 Fördermittel aus der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ beim Land Sachsen-Anhalt abrufen kann, um bestehende kommunale Projekte und Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen auszubauen und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise den Begrüßungsservice für Neugeborene, weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN in den
Jugendhilfeausschuss

**zu 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2012/11064**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss scheidet Frau Dr. Regine Stark aus.

Andre Scherer wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

**zu 7.14 Antrag der MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2012/11065**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass offen gewählt werden könne, sofern kein Mitglied des Stadtrates widerspreche.

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach einer offenen Wahl.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Durchführung der Wahl.

Die 46 anwesenden stimmberechtigten Stadtratsmitglieder wurden zur Stimmabgabe der Reihe nach aufgerufen.

Nachdem alle anwesenden Stadtratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, wurde bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Tagesordnung fortgeführt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang: **Beschluss per geheimer Wahl**
bei 42 abgegebenen Stimmen
Frau Dr. Regina Schöps 35 Stimmen

Herr Bartl informierte, dass Frau Dr. Regina Schöps als stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses gewählt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

**Beschluss per geheimer Wahl
mehrheitlich zugestimmt
Frau Dr. Regina Schöps 35 Ja-Stimmen**

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Frau Dr. Regina Schöps als Stellvertreterin für das stimmberechtigte Mitglied Sabine Wolff im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.15 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Standort der Freiwilligen Feuerwehr Trotha
Vorlage: V/2012/11081**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in die Planungen zum Standort des Neubaus der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha die Schulleitung der Grundschule „Hans Christian Andersen“ einzubeziehen.**
- 2. *Da der geplante Neubau offensichtlich auf dem Schulgelände Seebener Straße 79 erfolgen soll, ist unter Berücksichtigung der schulfachlichen Aspekte auf dem übrig bleibenden Schulgelände ein Ersatz für den Wegfall der Kleinsportanlage (Kleinfeldfußball, Volleyball, Laufbahn, Weitsprunggrube) zu schaffen.***

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlusspunkt 2 lautete:

- 2. Das Ergebnis ist dem Stadtrat bis zum November 2012 vorzulegen. Im Fall der Entscheidung für einen anderen Standort ist der Stadtrat ebenfalls zu informieren.**

**zu 7.16 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2012/11111**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner scheidet Herr Dieter Lehmann aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.

Herr Christian Glüse wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.

zu 7.17 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2012/11112

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner scheidet Herr Christian Glüse aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

Herr Matthias Havranek wird in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung berufen.

zu 7.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2012/11113

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Als sachkundiger Einwohner scheidet Herr Matthias Havranek aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.

Herr Christoph Harendt wird in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

zu 7.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014
Vorlage: V/2012/11133

zu 7.19.1 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014 (V/2012/11133)
Vorlage: V/2012/11162

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass die antragstellenden Fraktionen den Änderungsantrag von Herrn Bönisch übernehmen. Zudem bat er darum, dass die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften im November 2012 einen ersten Bericht vorlege.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

zu 7.19.1 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014 (V/2012/11133)
Vorlage: V/2012/11162

Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

*Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen für die Beantragung von Fördermittel (STARK III) für mindestens 8 Schulen und 8 Kitas / Horte zu schaffen. Hierzu sind die erforderlichen Beschlussvorlagen kurzfristig in der erforderlichen Qualität den Gremien vorzulegen. Es ist sicherstellen, dass im Mai 2013 qualitativ hochwertige Anträge zur Sicherung der Förderung für die Stadt Halle (Saale) eingereicht werden können. **Die Verwaltung wird um einen monatlichen Fortschrittsbericht im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften gebeten.***

Abstimmungsergebnis:

erledigt
durch Fraktion DIE LINKE. und CDU-Fraktion
übernommen

zu 7.19 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und CDU im Stadtrat Halle (Saale) zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas STARK III für die Jahre ab 2014
Vorlage: V/2012/11133

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen für die Beantragung von Fördermittel (STARK III) für mindestens 8 Schulen und 8 Kitas / Horte zu schaffen. Hierzu sind die erforderlichen Beschlussvorlagen kurzfristig in der erforderlichen Qualität den Gremien vorzulegen. Es ist sicherstellen, dass im Mai 2013 qualitativ hochwertige Anträge zur Sicherung der Förderung für die Stadt Halle (Saale) eingereicht werden können. *Die Verwaltung wird um einen monatlichen Fortschrittsbericht im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften gebeten.*

zu 7.20 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufhebung des Beschlusses "Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10935)
Vorlage: V/2012/11166

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte die Gründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion dar. Infolge der Aufgabenübertragung eines möglichen fünften Beigeordneten vertrete man auch weiterhin die Position des zukünftigen Oberbürgermeisters, die Zahl der Beigeordneten auf vier zu verringern. Die Zuordnung der geplanten Bereiche für den fünften Beigeordneten seien nach Auffassung seiner Fraktion zu wenig.

Aufgrund dessen soll neben der Aufhebung des Beschlusses zur Stellenausschreibung des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit die Hauptsatzung der Stadt Halle im § 9 (1) geändert und die zukünftige Anzahl der Beigeordneten auf vier festgelegt werden.

Darüber hinaus wies Herr Dr. Meerheim darauf hin, dass mit der Reduzierung der Anzahl der Beigeordneten auch Kosten in Höhe von bis zu 0,25 Mio. € eingespart werden können. Neben den Personalkosten für den Beigeordneten können Sachkosten sowie Kosten für einen Referenten und die Sekretärinnen eingespart werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte und begründete dies. Der Antrag beinhalte zwei völlig unterschiedliche Punkte.

Hinsichtlich des Beschlusspunktes 2 zur Änderung der Hauptsatzung sollte vorab eine konstruktive und intensive Diskussion stattfinden. Diese über einen Dringlichkeitsantrag zu ändern, wäre seines Erachtens nicht zielführend. Die Überlegung, die Anzahl der Beigeordneten zu verringern, werde dem Stadtrat nicht genommen und könne im Abstimmungsprozess zwischen dem zukünftigen Oberbürgermeister und dem Stadtrat vorgenommen werden.

Bezugnehmend auf den Beschlusspunkt 1 erklärte **Herr Wolter**, dass er diesem zustimmen werde. Aufgrund der Überlegungen des zukünftigen Oberbürgermeisters sollte der Stadtrat hier entsprechend reagieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
	Beschlusspunkt 1: mehrheitlich zugestimmt
	Beschlusspunkt 2: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss (in geänderter Form):

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Beschluss V/2012/10935 hier:
 - den Beschluss zum Tag der Wahl des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit am 11.12.2012 sowie
 - die Stellenausschreibung für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit aufzuheben.

2. Der Stadtrat beschließt die Hauptsatzung des Stadtrates im § 9 wie folgt zu ändern:

§ 9 Beigeordnete

- (1) Die Stadt Halle (Saale) hat vier Beigeordnete. Sie werden in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Jeder Beigeordnete wird im Benehmen mit der Oberbürgermeisterin vom Stadtrat in einem besonderen Wahlgang bestimmt.

zu 7.21 **Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Änderung des Beschlusses zur "Festlegung des Wahltages des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit" (V/2012/10935)**
Vorlage: V/2012/11169

Herr Krause, SPD-Fraktion, erläuterte für die Einwohner und anwesenden Zuschauer die Hintergründe des Abstimmungsverhaltens des Stadtrates zum Dringlichkeitsantrag entsprechend des TOP 7.20.

Der zukünftige Oberbürgermeister konnte nicht plausibel darstellen, dass er als Oberbürgermeister auch seine bisherigen Aufgaben als Dezernent weiterhin wahrnehmen könne. Dies wäre nach Auffassung seiner Fraktion auch nicht möglich und könne hinsichtlich der Fürsorgepflicht nicht zugelassen werden.

Weiterhin habe seine Fraktion erwartet, dass der zukünftige Oberbürgermeister die Fraktionen über die akuten Probleme informiere, für die schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden müsse.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass die Formulierung im Beschlusspunkt 1 möglicherweise nicht rechtssicher sei.

Aufgrund dessen werde die Formulierung im Beschlusspunkt 1:

„Die Oberbürgermeisterin wird gebeten ...“

ersetzt durch:

„Der Stadtrat beschließt ...“

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. ***Der Stadtrat beschließt*** ~~Die Oberbürgermeisterin wird gebeten~~, die Ausschreibung des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit aufzuheben und den Beigeordneten für Kultur und Sport auszuschreiben. Dabei ist im Ausschreibungstext explizit auf die Möglichkeit der Übertragung anderer Zuständigkeiten hinzuweisen.
2. Der Wahltag des Beigeordneten für Kultur und Sport wird auf den 30. Januar 2013 festgelegt.

zu 8 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zur Nutzung und Zukunft des Gasometers am Holzplatz
Vorlage: V/2012/11088**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: V/2012/11095**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung von Sporthallen
Vorlage: V/2012/11096**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: V/2012/11082**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung Januar 2013 vertagt.

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Zustand des Parkplatzes Friedemann-Bach-Platz
Vorlage: V/2012/11094**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Neumühle
Vorlage: V/2012/11074**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Grundschule Diemitz/Freimfelde
Vorlage: V/2012/11073**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11070**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zu Tattoo-Studios
Vorlage: V/2012/11075**

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, welche Schlussfolgerungen die Stadtverwaltung aus den Erkenntnissen ziehe, die sich bei der Beantwortung der Anfrage und den Recherchen der Mitteldeutschen Zeitung hinsichtlich der Diskrepanz der der Industrie- und Handelskammer (IHK) vorliegenden Zahlen zur Anzahl der Tattoo-Studios gezeigt haben.

Des Weiteren bat **Herr Müller** darum, dass zukünftige Beantwortungen eine ordnungsgemäße Unterschrift des zuständigen Beigeordneten enthalten.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, antwortete, dass die Angaben der IHK nicht korrekt seien. Es gebe 24 Tattoo-Studios in der Stadt Halle, die seitens der Stadtverwaltung derzeit überprüft werden. Der zukünftige Kontrollrhythmus soll im Abstand von zwei Jahren erfolgen, so dass auch eine regelmäßige Kontrolle stattfinden könne.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Quest-Projekt
Vorlage: V/2012/11058**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu 60 Jahre 17. Juni 1953
Vorlage: V/2012/11059**

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Die Anfrage seiner Fraktion wurde nur sehr allgemein beantwortet. Seines Erachtens hätte eine hochkarätige Veranstaltung zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 bereits zum jetzigen Zeitpunkt in Planung sein müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass das Gedenken an den 17. Juni für die Stadt auch im Hinblick von politischer Bildung äußerst wichtig sei. Dieser wurde bisher immer mit Veranstaltungen verbunden. Das Kulturbüro sei damit federführend befasst und befinde sich gegenwärtig in Absprachen mit Vertretern der Gedenkstätte „Roter Ochse“.

Insofern sei die Kritik von Herrn Kley nicht nachvollziehbar, zumal bis zum 17. Juni noch genügend Zeit vorhanden sei, um entsprechende Veranstaltungen zu planen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass sich die Anfrage seiner Fraktion nicht ausschließlich auf den 17. Juni bezogen habe. Aufgrund des 60. Jahrestages des 17. Juni 1953 bestünde die Möglichkeit, das gesamte Jahr über Veranstaltungen im Hinblick von politischer Bildung durchzuführen. Er kündigte an, darüber mit dem zuständigen Beigeordneten separat zu sprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass die Stadtverwaltung für Ideen offen sei. Beispielsweise könne auch die Bildungs- und Begegnungsstätte Deutsche Einheit einbezogen werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen - Prüfung der Einreichung einer Verfassungsbeschwerde und Erstellung eines Gutachtens zum Finanzbedarf für die Stadt Halle
Vorlage: V/2012/11089

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden, da das vorgelegte Zwischenergebnis zur Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen nicht ausreichend sei.

Hinsichtlich des Punktes A der Antwort der Verwaltung fragte **Herr Paulsen**, wann die Verwaltung den Beschluss umsetzen wolle. Die Frist für die Einlegung einer Verfassungsbeschwerde wäre ein Jahr. Diese drohe abzulaufen.

Darüber hinaus fragte **Herr Paulsen** nach der weiteren Verfahrensweise der Verwaltung.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf die Antwort der Verwaltung. Darin wurde Bezug genommen auf das Urteil des Landesverfassungsgerichtes Sachsen-Anhalt zur Verfassungsbeschwerde kleinerer Gemeinden. Diese habe sich gegen dieselben Regelungen gerichtet, die auch die Stadt Halle anführen würde.

Darüber hinaus informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass die schriftliche Urteilsbegründung der Verwaltung seit zwei Tagen vorliege. Diese werde geprüft und im Anschluss ein entsprechender Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise in die zuständigen Gremien im November eingebracht.

Bezugnehmend auf die Umsetzung des Beschlusses zur Erstellung eines Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfes erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, dass dies Bestandteil der Leistungsbeschreibung für den Sparberater sein sollte. Aufgrund der wiederholten Ausschreibung konnte bisher kein Sparberater gefunden werden, so dass eine gutachterliche Bewertung des aufgabenbezogenen Finanzbedarfs bisher nicht erfolgen konnte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass er mit der Antwort nicht zufrieden sei und fragte erneut nach den Plänen der Stadt hinsichtlich des Gutachtens zur Bestimmung des aufgabenbezogenen Finanzbedarfs.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass der Sparberater die Ausgangssituation der Stadt Halle beurteilen und daraus eine Expertise über den Aufgabenbedarf entwickeln soll.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für 2013 Vorlage: V/2012/11104

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich zunächst für die schriftliche Information zum Status der Städtebaufördermittel und fragte wann die Prioritätenliste vorliege sowie ob und wann die verwaltungsintern abgestimmte Prioritätenliste dem Stadtrat ebenfalls vorgelegt werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, merkte hinsichtlich der schriftlichen Information zum Status der Städtebaufördermittel an, dass eine Angabe nicht korrekt sei und diese nachgereicht werde.

Aufgrund der städtischen Haushaltslage konnte zwei Jahre keine Bewilligung von Städtebaufördermitteln erfolgen. Zudem gab es Probleme mit der Mittelbindung der Haushaltsmittel, die bereits für das Jahr 2011 abgerufen waren.

Hinsichtlich der Prioritätenliste erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass bis nächste Woche alle Dezernate prüfen, ob Veränderungen im Bedarf an Projekten, die in die Städtebauförderung eingebracht werden können, vorliegen. Am 06.11.2012 werde man die Prioritätenliste innerhalb der Verwaltung abstimmen, um diese dann schnellstmöglich in den Stadtrat einzubringen. Aufgrund der Antragsfrist bis zum 31.01.2013 könne die Beschlussfassung allerdings nur in einer verkürzten Zeitschiene erfolgen.

Abschließend wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass den Fraktionen aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten bereits eine Übersicht von Projekten, die in der Städtebauförderung beantragt waren, vorliege.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wirkung der Videoüberwachung auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11100**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Handel mit und Herausgabe von Einwohnermeldedaten
Vorlage: V/2012/11097**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung November 2012 vertagt.

**zu 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn
Vorlage: V/2012/11000**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bibliotheken und Leseräumen an Schulen
Vorlage: V/2012/10991**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Spielplatz auf der ehemaligen Thalia-Wiese
Vorlage: V/2012/11092**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wettbewerben mit Beteiligung der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2011
Vorlage: V/2012/11101**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung Dezember 2012 vertagt.

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grundsteuer B
Vorlage: V/2012/11078**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.21 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Sondernutzungsgebührenordnung
Vorlage: V/2012/11086**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung November 2012 vertagt.

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Entgeltforderungen der Bäder Halle GmbH an Schulen
Vorlage: V/2012/11084**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Straßenschäden auf der Radeweller Straße
Vorlage: V/2012/11085**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Etablierung einer Kunstmeile des halleschen Kunsthandwerkes
Vorlage: V/2012/10981**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Langfristkonzept Saline-Ensemble
Vorlage: V/2012/11063**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Einnahmen der Veranstaltungen im Erdgas Sportpark
Vorlage: V/2012/11083**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um eine zahlenmäßige Darstellung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Sachstand zu den Aktivitäten der Raumkonzeption 2012 und 2013
Vorlage: V/2012/11052**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Anbringung einer Gedenktafel für Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Goltz
Vorlage: V/2012/11062**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Informationsvorlage zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der Bürger/-innenbeteiligung und Transparenz durch E-Government (V/2011/10242)
Vorlage: V/2012/11041**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 „Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf"
Vorlage: V/2012/10957**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers
HAVAG
Vorlage: V/2012/11036**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass der Quartalsbericht der BMA BeteiligungsManagementAnstalt den Fraktionen zugesandt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über den Stand der Umsetzung des Antrages der SPD-Fraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freilufttanzveranstaltungen, Vorlage: V/2012/10596, anhand der ausgehändigten Mitteilung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass vor Erarbeitung einer Nutzungssatzung ein Grundsatzbeschluss dazu gefasst werden müsse. Sie schlug vor, dass entweder die Verwaltung im November eine Vorlage oder die antragstellende Fraktion einen entsprechenden Antrag einbringe.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die Mitteilung zum Antrag seiner Fraktion und erklärte sich damit einverstanden, dass die Verwaltung im November eine entsprechende Vorlage einbringe.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Krause** auf den letzten Satz der Seite 2 zur Mitteilung der Verwaltung. Dass der Abschluss des Prozesses nicht vor der nächsten Sommerpause möglich sei, wäre nicht akzeptabel. Die Verwaltung könne mit dem Grundsatzbeschluss ein Konzept mit mindestens drei möglichen Standorten vorlegen, so dass seines Erachtens bis April 2013 eine Umsetzung erfolge.

Daraufhin sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, im November die Vorlage zu einem Grundsatzbeschluss in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Hauptausschuss einzubringen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, kritisierte, dass lediglich Behörden dazu befragt wurden und nicht die Bevölkerung. Am Thüringer Bahnhof werde die ehemalige Malzfabrik derzeit saniert und erweitert. Hier sollen u. a. hochwertige Wohnungen entstehen.

Insofern hielt **Herr Kley** den Standort Thüringer Bahnhof für Freilufttanzveranstaltungen für nicht geeignet und bat die Verwaltung, dahin gehend ein Gespräch mit dem Investor zu führen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass sie davon ausgehe, dass der zuständige Beigeordnete den Kontakt mit dem Investor suchen werde. Diese Diskussion sollte aber in den Ausschüssen bei Behandlung der Vorlage geführt werden und im Ergebnis dessen eine Abstimmung erfolgen, ob der Grundsatzbeschluss gewollt sei. Erst danach könne die Verwaltung bei Zustimmung detailliert den Beschluss umsetzen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stellte den Grundsatzbeschluss in Frage. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Beschluss gefasst, geeignete Gelände für Freilufttanzveranstaltungen zu untersuchen. Demzufolge bedarf es jetzt nicht eines erneuten Stadtratsbeschlusses. Er erwarte vor Einbringung der Vorlage in den Stadtrat, dass die Verwaltung mit dem Investor ein Gespräch führe, ob Freilufttanzveranstaltungen am Thüringer Bahnhof möglich seien.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erklärte, dass entsprechend des Antrages der SPD-Fraktion die möglichen Standorte geprüft wurden und diese bestimmte Einschränkungen haben. Aus diesem Grund schlage die Verwaltung vor, eine Art Aufstellungsbeschluss zu fassen und eine Art Bebauungsplan aufzustellen, um eine Beteiligung zu ermöglichen. Im Anschluss daran erfolge eine Abwägung, auf deren Grundlage der Stadtrat entscheiden könne, ob der Standort gewollt sei oder nicht.

Zudem erinnerte **Herr Beigeordneter Neumann** daran, dass am Thüringer Bahnhof zur Fußball-WM public viewing stattgefunden habe, so dass der Standort durchaus auch für Freilufttanzveranstaltungen in Frage komme.

Herr Bürgermeister Geier informierte hinsichtlich der Ausschreibung für den Sparberater, dass insgesamt 11 Bewerbungen eingegangen seien. Diese werden innerhalb der Verwaltung ausgewertet und im Rahmen eines Gespräches mit dem Landesverwaltungsamt am 06.11.2012 abgestimmt.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte bezüglich eines transparenten Verfahrens, ob der Stadtrat Kenntnis über die Bewerber und den Ablauf des Auswahlverfahrens erhalte.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass noch einige Punkte mit dem Landesverwaltungsamt hinsichtlich des Verfahrens geklärt werden müssen. Im Anschluss daran werde der Stadtrat entsprechend einbezogen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass mehrere vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfragen vorliegen und verlas diese der Reihe nach:

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Der Presse war zu entnehmen, dass das Obergericht Magdeburg nun entschieden hat, dass Eltern ein Recht darauf haben, die Schulform für ihr Kind auszusuchen. Mit dem Urteil wurde das Recht der Eltern gestärkt, dass sie von der Verwaltung aufgrund von Mangel an Plätzen nicht indirekt gezwungen werden können, eine andere Schulform zu wählen.

Wir fragen:

1. Wie reagiert die Stadt auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg?
2. Mit welchen Maßnahmen will sie den vorhandenen Bedarf an Plätzen an Integrierten Gesamtschulen kurz- und mittelfristig absichern?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte im Nachgang zu seiner heutigen mündlichen Erklärung eine schriftliche Beantwortung zu.

Darüber hinaus machte **Herr Beigeordneter Kogge** deutlich, dass Gerichtsentscheidungen mit Ausnahme von Sammelklagen stets die Aussage zu einem Einzelfall seien. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg beziehe sich auf die Verhältnisse in der Stadt Magdeburg. Die Schullandschaft dort wäre eine andere als in der Stadt Halle. Dennoch müsse sich das Land zu diesem Urteil positionieren und im Zuge dessen den Kommunen für die Schulnetzplanung bestimmte Vorgaben geben. Er sagte zu, diesen Punkt nochmals zu prüfen und dahin gehend beim Land nachzufragen.

Hinsichtlich der zweiten Frage erklärte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass in der Vergangenheit versucht wurde, beim Auswahlverfahren den Wunsch der Eltern zu berücksichtigen. Für die Integrierte Gesamtschule habe es 36 Mehranmeldungen gegeben. Nach dem Auswahlverfahren konnten aber 9 Plätze nicht besetzt werden. Er sagte zu, eine Übersicht dazu für die Sitzung des Bildungsausschusses vorzubereiten. Demzufolge müsse sich damit nochmals intensiver auseinandergesetzt und die Beratung der Eltern zum Thema Schulform verbessert werden.

Des Weiteren wies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf hin, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg das erste mit einem solchen Tenor in Sachsen-Anhalt sei. Er bat darum, dies zu berücksichtigen. Die Stadt könne auch nicht Schulformen vorhalten, für die keine Nachfrage bestünde und sich somit der Leerstand erhöhe. Zudem werde es erhebliche Veränderungen der Wünsche und Problemlagen hinsichtlich der Frage der Gemeinschaftsschulen geben.

Herr Beigeordneter Kogge bat darum, diese Thematik im Bildungsausschuss zu diskutieren.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

In der Bernburger Straße befindet sich ein Taxistand. Häufig ist es so, dass die wartenden Taxifahrer den Motor der PKW's nachts nicht abstellen und demzufolge Lärm verursachen. Da sich diesbezüglich bereits Bürgerinnen und Bürger beschwert haben, frage ich:

1. Gibt es Vorschriften, in denen das Halten und Parken von Fahrzeugen bei laufendem Motor geregelt wird? Ist es zulässig, nachts Fahrzeuge bei laufendem Motor über längere Zeiten stehen zu lassen?
2. Wer kontrolliert die bestehenden Vorschriften dazu?
3. Inwieweit ist es der Stadtverwaltung möglich, hier einzugreifen und Bürgerinnen und Bürgern einen Schutz für nächtliche Ruhe zu bieten?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, antwortete auf die Frage 1, dass der § 30 der Straßenverkehrsordnung Rechtsgrundlage sei. Darin werde ausdrücklich geregelt, dass es nicht zulässig wäre, u. a. unnötigen Lärm mit Motorengeräuschen zu verursachen.

Bezugnehmend auf die Fragen 2 und 3 wies **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** darauf hin, dass die Kontrollen von der Polizei vorgenommen werden und die Stadtverwaltung sowohl die Taxigenossenschaften als auch die Polizei bitten werde, dort verstärkte Kontrollen durchzuführen.

Anfrage Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

In der Stadtratssitzung am 30. Mai 2012 wurde ein für die Tagesordnung eingereichter Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafen Halle GmbH (Vorlagen-Nummer: V/2012/10710) per Geschäftsordnungsantrag auf den Oktoberstadtrat vertagt.

Ich frage:

Aus welchen Gründen wurde der Antrag nicht in der Tagesordnung für die Stadtratssitzung am 24.10.2012 berücksichtigt?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke von seinem Initiativrecht, eine Auflösung vorzuschlagen, noch nicht Gebrauch gemacht habe. Erst danach könne der Stadtrat einen Beschluss fassen. Insofern wäre eine Beratung des Antrages in der heutigen Sitzung nicht zweckmäßig gewesen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass der Antrag hätte dennoch auf die Tagesordnung gesetzt werden und seitens der Verwaltung eine Erläuterung erfolgen müssen. Sie bat dies zu entschuldigen und schlug vor, den Antrag nochmals zu vertagen und die Verwaltung über die BMA BeteiligungsManagementAnstalt aufzufordern, den Antrag unverzüglich vorzulegen, sobald sich der Aufsichtsrat der Stadtwerke damit befasst habe.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Antwort und erklärte, dass seine Fraktion dem grundsätzlich folgen könne. Allerdings wäre seines Erachtens diese Art von Vertagung nach der Geschäftsordnung nicht mehr möglich. Er erklärte sich damit einverstanden, wenn der Antrag seiner Fraktion zwei Monate zurückgestellt werde.

Anfrage Fraktion DIE LINKE.:

Aus der Presse war zu entnehmen, dass aufgrund einer Studie des Pestel-Instituts festgestellt wurde, dass der Bedarf für Sozialwohnungen in Halle (Saale) für ca. 44.000 Haushalte besteht.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Stadtverwaltung diese Aussage?
2. a) Wie viele Personen haben im Jahr 2011 und bis zum Stand 30.09.2012 für das laufende Jahr Wohnberechtigungsscheine erhalten?
 - b) In welchen kommunalen Wohnungsgesellschaften und anderen Gesellschaften (bitte aufschlüsseln) sind die Wohnberechtigungsscheine zur Anwendung gekommen?
 - c) Für welche Wohngebiete der Stadt Halle (Saale) wurden die Wohnberechtigungsscheine angewandt (bitte aufschlüsseln)?

3. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass die Segregation in der Stadt Halle (Saale) schon fortgeschritten ist?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung, um das Wohnen für alle Menschen, unabhängig ihrer Einkommensstruktur, ermöglichen zu können?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine unverzügliche schriftliche Beantwortung bis spätestens zur nächsten Stadtratssitzung am 21.11.2012 zu. Die Fragen wurden am gestrigen Tag eingereicht und seien zu umfangreich, so dass eine Beantwortung in der heutigen Sitzung nicht möglich sei.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, erklärte, dass der Hallmarkt am vergangenen Wochenende bis Höhe des Göbelbrunnens mit PKW und Kleintransportern zugeparkt war. Es bestand jedoch entsprechend der Ausschilderung absolutes Halteverbot.

Aufgrund dessen fragte **Herr Koehn** nach den Gründen und ob Sondernutzungen genehmigt wurden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, bezog sich auf das Thema Stromarmut. Nach Informationen der Mitteldeutschen Zeitung wären in der Stadt Halle mehrere Einwohner betroffen, deren Strom abgeschaltet werde, da sie diesen nicht zahlen können. Er fragte, ob der Stadtverwaltung das Problem bekannt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass dahin gehend zwischen Stadtverwaltung und Energieversorgung enge Abstimmungen erfolgen. Zudem werden insbesondere bei Familien mit Kindern Sozialarbeiter des Sozialamtes und die Schuldnerberatung eingeschaltet, um mit der Energieversorgung eine einvernehmliche Lösung zu finden. Ihren Informationen zufolge, war dies bisher unproblematisch, sofern sich die betroffene Person gemeldet habe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, weshalb kein städtischer Vertreter bei der heutigen Anhörung im Landtag zum Finanzausgleichsgesetz anwesend sei und die Stadtverwaltung keine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes abgegeben habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Stadt Halle zu dieser Anhörung nicht eingeladen wurde. Der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg wurde über die SPD-Landtagsfraktion eingeladen. Mit diesem habe sie sich abgestimmt und darum gebeten, die Position der Stadt Halle mit zu vertreten.

Weiterhin wurde dem Städte- und Gemeindebund die Stellungnahme der Stadt Halle zum Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes übergeben. Da die Reaktion des Städte- und Gemeindebundes darauf nicht zufriedenstellend war, habe man die Stellungnahme der Stadt direkt dem Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt zukommen lassen. Insofern habe die Stadt alles Notwendige getan, um ihre Position gegenüber der Landesregierung und dem Landtag zu vertreten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., machte deutlich, dass es seines Erachtens notwendig gewesen wäre, die Stellungnahme der Stadt Halle auch an die Mitglieder des Landtages zu versenden. Zudem hätte ein Vertreter der Stadt auch ohne Einladung zur Anhörung anwesend sein können. Er bat in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften um konkretere Informationen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin dass die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beigeordneten für Finanzen und Personal der Stadt Halle zur Anhörung eingeladen habe. Insofern sei eine Einladung an die Stadt erfolgt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für den Hinweis.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf den TOP 8.13

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für 2013
Vorlage: V/2012/11104

und fragte nach der Höhe und Verwendung der städtischen Eigenmittel, die aus den nicht gezahlten Fördermitteln an die Stadt zurückfließen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, brachte zum Ausdruck, dass dazu derzeit eine Abstimmung mit der Kämmerei erfolge und danach ein Vorschlag in den Stadtrat eingebracht werde. Er sagte zu, bis zum 06.11.2012 über die Höhe der zurückfließenden Eigenmittel der Stadt zu informieren.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass eine Mitteilung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.11.2012 ausreichend sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Auszahlung freiwilliger Leistungen im Rahmen der durch die Oberbürgermeisterin veranlassten Haushaltssperre. Nach Aussage des Bürgermeisters Herrn Geier wären freiwillige Aufgaben grundsätzlich nicht mehr im Rahmen der Haushaltssperre möglich. Vereine und Träger seien aber Verpflichtungen, z. B. gegenüber Mitarbeitern, aufgrund einer bestimmten Beschlusslage eingegangen. Diese müssten infolge der Aussage des Bürgermeisters Herrn Geier ihre Kosten allein tragen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die Bedeutung des Wortes „grundsätzlich“. Danach seien auch Ausnahmen möglich. Bei nachhaltigen freiwilligen Aufgaben können diese auch weiter finanziert werden. Sollten auf Grundlage von Bewilligungsbescheiden Vereine und Träger vertragliche Verpflichtungen eingegangen sein, finde eine Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen statt, so dass die Zuschüsse der Stadt entsprechend der vertraglichen Gegebenheiten weiterhin gezahlt werden.

Darüber hinaus machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass Pflichtaufgaben ebenso geprüft werden, ob sie der Höhe nach angemessen seien oder der Zuschuss möglicherweise an bestimmten Stellen reduziert werden könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die ausgehändigte Mitteilung zum Konzept zum Weiterbetrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress. Das dazu beigefügte Konzept der HAVAG sei mit zwei Seiten in keinsten Weise zufriedenstellend. Dieses beinhalte lediglich eine allgemeine Aufschlüsselung von Funktionen und Teilbereichen der HAVAG bzw. der Parkeisenbahn Peißnitzexpress. Zusammenhänge und Zahlen wären hingegen nicht dargestellt, wie z. B. der Wirtschafts- und Finanzplan pro Jahresscheibe, die Planungsunterlagen mittelfristig bis zum Jahr 2017 usw.

Herr Dr. Meerheim brachte zum Ausdruck, dass er erwarte, dass das entsprechende Zahlenmaterial hierzu vorgelegt und die Zusammenhänge zwischen den Zahlen mit dem Betreiberkonzept für die Parkeisenbahn Peißnitzexpress offengelegt werden.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., ging auf die schriftliche Anfrage ihrer Fraktion entsprechend des TOP 8.3

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Nutzung von Sporthallen
Vorlage: V/2012/11096

ein und fragte, wann die Leistungsvereinbarung zur Betreuung von Turnhallen, z. B. in der Ottostraße vorgelegt werde.

Weiterhin zitierte **Frau Haupt** aus der Antwort der Verwaltung auf die Frage 2 zur schriftlichen Anfrage ihrer Fraktion:

„... Üblicherweise erfolgt dieser Ausgleich bei Sporthallen in Regie des Ressorts Sport, durch den Ressort Sport nach Abschluss einer sogenannten Leistungsvereinbarung.“

und fragte nach der Verfahrensweise bis zum Abschluss der Leistungsvereinbarung. Für einen Sportverein wäre nicht ersichtlich, ob die Sporthalle auch für den Schulbetrieb genutzt oder diese durch den Eigenbetrieb ZGM vergeben werde. Zudem können Sportvereine entsprechend der rechtlichen Grundlagen Sporthallen kostenlos nutzen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass Sportvereine die Sporthallen mietfrei nutzen können. Es müsse endlich eine Regelung gefunden werden, dass sich die Vereine an den Betriebskosten beteiligen und nicht in vollem Umfang durch die Stadt getragen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass im Zuge der Schließung der Schule Am Rosengarten und Vermietung dieser sowie der dazugehörigen Turnhalle in der Ottostraße an die Latina August Hermann Francke eine Vielzahl von Punkten nicht beachtet wurden. Seitens der Verwaltung wurde nicht berücksichtigt, dass Sportvereine die Turnhalle bereits genutzt haben. Die Turnhalle sei geschlossen und dem EB ZGM übergeben worden.

Herr Beigeordneter Kogge wies darauf hin, dass derzeit eine Lösung für die Turnhalle in der Ottostraße für das kommende Jahr gesucht und parallel eine Vereinbarung mit dem EB ZGM erarbeitet werde.

Hinsichtlich der Ausführungen der Oberbürgermeisterin fügte **Herr Beigeordneter Kogge** hinzu, dass die Anhörung zum Sportgesetz stattgefunden habe und dort die Frage der freiwilligen Beteiligung der Sportvereine berücksichtigt wurde.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Betriebskosten pro Stunde in Höhe von 16,45 € außerhalb der Norm seien. Nach Auffassung ihrer Fraktion wäre dies nicht vertretbar.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Anfrage von Herrn Dr. Meerheim zur heutigen Anhörung im Landtag zum Finanzausgleichsgesetz. Er habe sich dazu während der Sitzung erkundigt und erfahren, dass eine Einladung an Herrn Bürgermeister Geier erfolgt sei.

In Anbetracht dessen bat **Herr Lange** um eine schriftliche Antwort zu den Gründen, weshalb kein städtischer Vertreter bei der Anhörung im Landtag zum Finanzausgleichsgesetz anwesend war.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf seine mündlichen Anfragen in der Stadtratssitzung am 26.09.2012. Die schriftliche Beantwortung der Verwaltung wäre nicht ausreichend. Insofern erläuterte er den Sachverhalt erneut.

Im Bereich Franckeplatz sei die Leitplanke am Geländer der Hochstraße befestigt. Im Sinne der Kräfteübertragung könne bei einem Unfall seines Erachtens das Geländer beschädigt werden, so dass der Unfallwagen möglicherweise eine Gefahr darstelle.

Darüber hinaus bestünde entsprechend des letzten Bauabschnitts der Delitzscher Straße zwischen den Haltestellen Grenzstraße und Otto-Stomps-Straße für Fußgänger keine Möglichkeit, die Delitzscher Straße zu überqueren. Dies wären ca. 700 m.

Aufgrund dessen bat **Herr Dr. Köck** um nochmalige Prüfung der Sachverhalte.

Seitens der **Stadtverwaltung** wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, äußerte sich bezogen auf das in der Leipziger Straße am vergangenen Sonntag von einem Fahrradfahrer angefahrenes Kind mit folgenden Fragen:

Wie bewerten die Stadtverwaltung und der zuständige Beigeordnete die Einhaltung des Radfahrverbotes in der Leipziger Straße und auf dem Marktplatz?

Welche Konsequenzen zieht die Verwaltung aus dieser Beurteilung der Lage? Sieht sie die Notwendigkeit, mit der Polizei auf verstärkte Kontrollen hinzuwirken?

In dem Zusammenhang wies **Herr Misch** darauf hin, dass ihm bekannt sei, dass für den fließenden Verkehr die Polizei und nicht die Stadt zuständig wäre. Allerdings wurde sich darauf verständigt, dass die Ordnungsbediensteten der Stadt mit der Polizei gemeinsam Kontrollen durchführen. Zudem können die Politessen des Ordnungsamtes Fahrradfahrer in der Leipziger Straße und auf dem Marktplatz auf ihre Ordnungswidrigkeit aufmerksam machen. Im Zuge dessen merkte er an, dass am heutigen Tag drei Polizisten entsprechende Kontrollen durchgeführt haben.

Darüber hinaus ging **Herr Misch** auf die Einführung einer Konzessionsabgabe für Trinkwasser im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ein. Aufgrund der Landesgesetzgebung habe sich der Trinkwasserpreis in diesem Jahr um 5 Cent pro m³ erhöht. Die Energiekosten erhöhen sich im nächsten Jahr ebenfalls.

Aus vorgenannten Gründen fragte **Herr Misch**, ob die Verwaltung an dieser Maßnahme festhalten wolle und wies darauf hin, dass die Kosten an die Verbraucher weiter gegeben werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, antwortete auf den ersten Sachverhalt, dass der Vorgang äußerst bedauerlich sei und mit der Polizei besprochen und ausgewertet wurde.

Die Polizei kontrolliere nach Kräften und habe die Kontrollen in den letzten Monaten kontinuierlich teilweise auch gemeinsam mit den Ordnungskräften der Stadt durchgeführt. Diese sollen weiter fortgesetzt und in der jetzigen Jahreszeit im Hinblick auf die komplette Radüberprüfung durchgeführt werden.

Herr Misch, CDU-Fraktion, erklärte sich mit der Antwort nicht einverstanden und fragte erneut, wie der zuständige Beigeordnete die Einhaltung des Radfahrverbotes in der Leipziger Straße und auf dem Marktplatz grundsätzlich bewerte.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, machte deutlich, dass er diese Frage mit seinen vorherigen Ausführungen beantwortet habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte bezugnehmend auf die zweite Frage darauf aufmerksam, dass zur Konzessionsabgabe mit dem Sparberater und den Stadtwerken eine Abstimmung erfolgen und abgewogen werden müsse, ob die Konzessionsabgabe der richtige Weg sei, um auf die Haushaltskonsolidierung einzuwirken.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, bezog sich auf die vorliegende Mitteilung zum Status der Städtebaufördermittel. Im letzten Absatz unter Punkt 1 werde ausgeführt, dass der Stadt Halle ein Fördervolumen von ca. 10 bis 12 Mio. € für Projektförderungen in den Programmen der Städtebauförderung fehle, die in der Förderperiode 2012 bis 2016 nicht ausgereicht werden können.

Auf eine schriftliche Anfrage seinerseits habe die Verwaltung damals bestritten, dass langfristige Konsequenzen entstehen können.

Infolge dessen fragte **Herr Hildebrandt** nach den Gründen der Beurteilungsveränderung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass der Stadt Halle über zwei Jahre keine Fördermittel aus dem Städtebauprogramm gezahlt wurden und dadurch andere Auswirkungen entstanden seien als nur ein Jahr keine Fördermittel zu erhalten. Grundsätzlich sei der Verlust von potenziellen Fördermitteln immer ärgerlich und bedeute, dass Spielräume eingeschränkt werden und neue Projekte, insbesondere im städtebaulichen Denkmalschutz, derzeit nicht begonnen werden können.

Mit der vorliegenden Mitteilung wurde dargestellt, in welcher Höhe Fördermittel bei einem genehmigten Haushalt in den beiden Jahren hätten bewilligt werden können. Dies wäre eine fiktive Zahl, die aus der bisherigen Bewilligung der vergangenen Jahre abgeleitet wurde.

Des Weiteren wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass zu den in der Mitteilung aufgeführten zugesagten 6,5 Mio. € für das Jahr 2010 die Stadt bisher keinen Bewilligungsbescheid erhalten habe.

Zudem informierte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass die Stadt Fördermittel im Stadtumbau für die Jugendherberge erhalte unter dem Gesichtspunkt analog des vergangenen Jahres, dass kein kommunaler Eigenanteil zu leisten sei.

Ziel wäre es, Projekte, wie z. B. die Thomasiusstraße, soweit vorzubereiten, dass mit einer späteren Mittelzuweisung im Haushaltsjahr 2013 infolge von Umschichtungen von Fördermitteln im Ministerium diese Projekte noch umgesetzt bzw. begonnen werden können. Dazu werde die Verwaltung in den kommenden Monaten entsprechende Vorlagen in die zuständigen Gremien und den Stadtrat einbringen.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach dem Sachstand der Baudenkmäler in der Brüderstraße 5 und 7.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte zum Baudenkmal in der Brüderstraße 7, dass mehrere Gespräche mit dem Eigentümer und dessen Anwalt stattgefunden haben. Hier beabsichtige der Eigentümer entlang der Straße bis hin zur Großen Steinstraße eine Entwicklung vorzunehmen. In dem Zusammenhang wurden auch andere Möglichkeiten der Neuentwicklung geprüft, die jedoch inhaltlich nicht zielführend seien.

Der Eigentümer habe einen nicht vollständigen Bauantrag für eine Neubebauung bei der Stadt eingereicht. Danach werde allerdings das Hauptgebäude der Marktwirtschaft nicht einbezogen und nicht mehr integriert.

Hinsichtlich des Baudenkmales in der Brüderstraße 5 machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass hier ebenfalls Gespräche mit dem Eigentümer zu einem Kompromiss stattgefunden haben. Dieser beinhaltete, lediglich die vordere Front zu stabilisieren. Aus städtischer Sicht habe man diese Möglichkeit für nicht zielführend erachtet, da seitens des Eigentümers kein Nutzungskonzept dahinter stand.

Daraufhin wurde durch die Verwaltung vorgeschlagen, eine Nutzungsmöglichkeit zu finden, so dass zumindest die tragenden Elemente erhalten bleiben. Aufgrund des laufenden juristischen Verfahrens, gebe es hierzu keine inhaltliche Übereinstimmung.

Die Stadt war bisher nicht am Verfahren beteiligt, sei aber nun hinzu geladen worden insbesondere zur Frage, ob Fördermittel zur Verfügung stünden. Sollte der Eigentümer ein nachhaltiges Konzept vorlegen, sei die Stadt bereit, dieses an oberste Priorität zu stellen und entsprechend zu fördern. Derzeit könne eine Förderung allerdings nicht verbindlich zugesagt werden, da im städtebaulichen Denkmalschutz keine neuen Projekte begonnen werden können.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2013 sowie nach dem Zeitplan der Abarbeitung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2013 aufgrund neuer Rahmenbedingungen derzeit nicht möglich sei. Aufgrund des Gerichtsurteils zum Finanzausgleichsgesetz erhalte die Stadt Halle möglicherweise weniger Mittel als vorgesehen. Ebenso wurde bisher kein Sparberater ernannt, so dass das mit dem Haushaltsplanentwurf verpflichtend verbundene Haushaltskonsolidierungskonzept noch nicht erarbeitet werden konnte. Zudem müsse zunächst der Haushalt 2012 in Ordnung gebracht werden.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, erklärte, dass die Stadt mit dem Haushalt 2012 gescheitert sei. Weiterhin erinnerte er an den Beschluss des Stadtrates im März vergangenen Jahres, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltplanes bis jeweils spätestens 30. September des Vorjahres einzubringen sei. Diesen Beschluss habe die Verwaltung im letzten Jahr bereits ignoriert.

In diesem Jahr begründe man eine verspätete Einbringung des Haushaltsplanentwurfes damit, dass der Sparberater bisher nicht eingesetzt wurde. Seines Erachtens wäre dies kein ordnungsgemäßes Handeln, zumal die Ausgabenseite weitestgehend feststehen müsste.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass der Haushaltsplanentwurf sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept beinhalte. Auf der Einnahmeseite haben sich durch das Gerichtsurteil Veränderungen ergeben und das Haushaltskonsolidierungskonzept konnte aus bekannten Gründen bisher nicht erarbeitet werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf den TOP 9.2

Anbringung einer Gedenktafel für Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Goltz
Vorlage: V/2012/11062

und bedankte sich bei der Verwaltung, dass dies nun umgesetzt werde. Im Zuge dessen fragte sie, ob zur Anbringung der Gedenktafel eine öffentliche Einladung erfolge und darüber im Amtsblatt informiert werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Entwurf der Einladung ihr bereits vorgelegen habe und auch eine entsprechende Information im Amtsblatt erfolge.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erinnerte an ihren gemeinsamen Antrag mit Frau Hanna Haupt, dass an den Gedenktagen 27. Januar, 17. Juni und 9. November grundsätzlich keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr geplant werden.

Auf Antrag im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses habe die Beauftragte für Integration und Migration, Frau Schneutzer, zu einer Fahrt am 9. November um 18:30 Uhr zu Standorten von Migrationsvereinen eingeladen.

Infolge dessen bat **Frau Wolff** darum, dass die Oberbürgermeisterin hier einwirke und ggf. ein anderer Termin vorgeschlagen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass zum Personalkonzept der Stadt aufgrund des hohen Krankheitsstandes von Verwaltungsmitarbeitern auch ein Gesundheitsmanagement vorgestellt werden sollte und fragte, ob dies seitens der Verwaltung vorgesehen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Stadt Halle bundesweit Auszeichnungen für ein gutes Gesundheitsmanagement innerhalb der Verwaltung erhalten habe und der Gesundheitsbericht 2010-2011 im November dem Hauptausschuss und Stadtrat vorgelegt werde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass die Kindertagesstätte „Erdenkinder“ nach zwei Jahren ein neues Mietobjekt gefunden habe, da der Besitzer im jetzigen Objekt in der Schleiermacherstraße den Garten für andere bauliche Zwecke nutzen wolle.

Daraufhin haben die Vertreter der Kindertagesstätte die entsprechenden Unterlagen hinsichtlich der Umnutzung für das neue Mietobjekt rechtzeitig bei der Verwaltung eingereicht. Ihnen wurde dahin gehend eine Antwort bis zum 10.10.2012 zugesagt. Diese haben sie bisher nicht erhalten. Die Kindertagesstätte müsse in 8 Wochen aus dem Objekt in der Schleiermacherstraße ausziehen.

Zudem erinnerte **Frau Wolff** an ihre bereits schriftlich eingereichten Fragen zu dieser Problematik. Hierzu habe sie seitens des zuständigen Dezernates bisher keine Antwort erhalten und kritisierte, dass der Träger über einen solch langen Zeitraum hingehalten werde.

Frau Wolff bat um Klärung dieses Problems.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass es sich hierbei um einen freien Träger handele und dieser eigenständig für die Suche nach einem neuen Mietobjekt verantwortlich sei. Auf Nachfrage des Trägers habe die Verwaltung nach städtischen Objekten gesucht. Im Zuge dessen wurde durch den freien Träger bereits ein geeignetes Objekt gefunden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass die durch den Träger bei der Stadt rechtzeitig eingereichten Anträge einschließlich der erforderlichen Unterlagen für eine Umnutzungsvereinbarung nicht bearbeitet wurden und keine Rückmeldung erfolgte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, merkte an, dass ihm die Fragen erst seit heute Nachmittag vorliegen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, widersprach den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge. Die Fragen liegen bereits länger vor und wurden bisher nicht beantwortet. Mit der Aussage des Beigeordneten Herrn Kogge werde ein freier Träger grundlos beschädigt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, wies die Vorwürfe zurück und machte nochmals darauf aufmerksam, dass ihm die Fragen erst seit heute Nachmittag ca. 15:00 Uhr vorliegen.

Weiterhin sagte **Herr Beigeordneter Kogge** zu, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie die Problematik unverzüglich klären werde. In dem Zusammenhang wies er darauf hin, dass aufgrund einer Langzeiterkrankung einer Mitarbeiterin Ersatzpersonal gefunden werden musste.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob seine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zum Werbenutzungsvertrag mit der Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte dies zu.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf eine Aussage der Geschäftsführerin der Bäder Halle GmbH, dass für diese der städtische Zuschuss ab dem Jahr 2013 vermutlich nicht mehr ausreichend sei und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Welche Informationen liegen der Stadtverwaltung dazu vor?

Wann würde der Stadtrat mit einer möglichen Anpassung des Finanzierungsvertrages befasst werden?

Wird die Stadtverwaltung im Sportausschuss darüber berichten?

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, antwortete, dass ihm dies nicht bekannt war und er davon aus den Medien erfahren habe. Daraufhin wurde der zuständige Mitarbeiter in seinem Dezernat um Prüfung gebeten. Derzeit befinde man sich in Diskussionen zum Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Im Ergebnis der Prüfung werde der Stadtrat unverzüglich informiert bzw. im Rahmen des Haushaltsplanentwurfes 2013 darüber beraten.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Festlegung des Termins für die Lange Nacht der Wissenschaften Vorlage: V/2012/11067

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur aktuellen Information über die Tagesordnung der Stadtratssitzungen Vorlage: V/2012/11098

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Anregungen:

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass seit kurzem die Möglichkeit bestünde, alle zu einer Sitzung gehörenden Dokumente in einer ZIP-Datei zusammenzustellen und herunterzuladen. Beim Öffnen der ZIP-Datei seien die Dokumente allerdings mit wahllosen Nummern beschrieben, so dass eine Zuordnung zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten äußerst schwierig sei.

In Anbetracht dessen regte **Herr Dieringer** an, die Dokumente zumindest mit der Vorlagennummer in die ZIP-Datei einzupflegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf und sagte eine Prüfung zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Fraktionsfinanzierung hinsichtlich der Personalkosten. Er habe festgestellt, dass das Budget der Fraktion DIE LINKE., der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion entgegen des damals gefassten Stadtratsbeschlusses in allen drei Fällen unterschiedlich sei.

Infolge dessen bat **Herr Bönisch** um eine Prüfung der Verfahrensweise sowie um Rücksprache mit den Fraktionen. Seines Erachtens wäre es nicht akzeptabel, dass aufgrund von Verwaltungshandeln den Fraktionen unterschiedliche Budgets zur Verfügung stünden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass ihr diese Problematik nicht bekannt sei und sagte eine Prüfung zu.

Frau Raab, FDP-Fraktion, regte hinsichtlich der mündlichen Anfrage von Frau Wolff zur Kindertagesstätte „Erdenkinder“ an, dass die zuständigen Beigeordneten Herr Stäglin und Herr Kogge grundsätzlich auf ihre Ämter einwirken und die Träger hinsichtlich der formellen Voraussetzungen für den Erhalt oder die Schaffung von Kindertagesplätzen unterstützen. Dies wäre derzeit zwischen Bauordnungsamt und Jugendamt nicht gegeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es Ziel der Verwaltung sei, Kindertagesplätze zu schaffen und bat die zuständigen Dezernate hier einvernehmlich zu agieren und entsprechend der Anregung von Frau Raab, die Träger zu unterstützen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass folgende Anträge auf Akteneinsicht vorliegen:

Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in die Unterlagen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) zu allen Fahrzeugbüchern der Jahre 2010, 2011 und 2012, zu denen der Eigenbetrieb Kosten übernimmt.

Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Kooperationsvereinbarungen der Stadt Halle (Saale) mit dem CITY-GEMEINSCHAFT HALLE e. V. und der Firma FESTEevent GmbH.

Weitere Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 37. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin